

**: Perspektiven auf  
Global Governance.  
Die sef: 2014  
Jahresbericht**



## **Impressum**

Herausgeberin:  
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef.)  
Dechenstr. 2 : 53115 Bonn  
Tel. 0228/ 9 59 25-10  
Fax: 0228/ 9 59 25-99  
E-Mail: [sef@sef-bonn.org](mailto:sef@sef-bonn.org)  
Website: [www.sef-bonn.org](http://www.sef-bonn.org)

© Stiftung Entwicklung und Frieden 2015

Texte: Sabine Gerhardt, Rebekka Hannes  
Redaktion: Sabine Gerhardt, Dr. Michèle Roth  
Design Basiskonzept: Pitch Black Graphic Design, Berlin/Rotterdam  
Gestaltung: Gerhard Süß-Jung

---

## Inhaltsverzeichnis

### sef: 2014

Editorial . . . . .	5
Global Governance – ein Modell der Vergangenheit mit Zukunft? Eröffnungsrede von Prof. Dr. Lothar Brock zum Berliner Sommerdialog 2014 . . . . .	6

### sef: Themen

#### **Programmbereich: Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand**

Perspektiven für Global Governance und die Rolle neuer Gestaltungsmächte . . . . .	9
Interview mit Botschafter H H S Viswanathan – „Der Westen und der Rest“ . . . . .	12
Interview mit Dr. Mzukisi Qobo – G20 und Global Governance. . . . .	13

#### **Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik**

Globale Ziele für nachhaltige Entwicklung: Wer soll das bezahlen? . . . . .	14
Globale Ziele für nachhaltige Entwicklung: Was bedeuten sie für Regionen und Gemeinden? . . . . .	16
Interview mit Dr. Tausi Kida – Konsultationen für eine inklusive Post-2015-Agenda. Das Beispiel Tansania . . . . .	19

#### **Programmbereich: Menschliche Sicherheit und internationale Verantwortung im Zeichen des Klimawandels**

Rohstoff-Governance: Alte Herausforderungen – neue Initiativen . . . . .	21
Interview mit Logan Wort – Heimische Ressourcen für eigene Entwicklung mobilisieren . . . . .	22

### sef: Intern

Neue sef: Langfristplanung 2015-2020 . . . . .	25
Finanzbericht . . . . .	26

### Anhang

Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2014. . . . .	29
Gremien 2014: Kuratorium, Beirat, Vorstand . . . . .	32
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2014 . . . . .	34
Kooperationspartner und Förderer 2014. . . . .	34

• **sef: 2014**

## Editorial

Unsere Stiftung trägt den Namen „Frieden“ im Titel. Schauen wir auf das Jahr 2014 zurück, dann war es leider ein Jahr akuter Krisen und Konflikte. Die Welt befindet sich 25 Jahre nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in einer Zeit kriegerischer Auseinandersetzungen, mit denen wir in diesem Ausmaße nicht gerechnet haben. Bei vielen Krisen ist auch nicht vorhersehbar, ob sie sich zu Dauerzuständen entwickeln oder ob demokratische Friedensprozesse auf Dauer Abhilfe schaffen können. Die Auseinandersetzungen in der Ukraine, in Syrien oder das Erstarken des IS sind Entwicklungen, die für Global Governance ebenso wie für die dort lebenden Menschen und das Vorankommen ganzer Regionen einen erheblichen Rückschlag bedeuten. Hinzu kommen Ereignisse wie die Ebola-Krise oder die weltweite Flüchtlingssituation, die die Bemühungen um lokale, regionale und internationale Sicherheit im Jahr 2014 ebenfalls auf die Probe stellten. Auf all diese Herausforderungen muss in den kommenden Jahren eingegangen werden – im Globalen Norden wie im Globalen Süden.

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) hat mit ihrer 2014 beschlossenen neuen Langfristplanung für die Jahre 2015 bis 2020 auf diese Entwicklungen reagiert und einen eigenen Programmbereich unter dem Titel „Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten“ ins Leben gerufen. Der thematische Schwerpunkt soll sich mit der Verantwortung sowie den Handlungsoptionen der Staatengemeinschaft in den genannten sowie weiteren Krisen und Konflikten von internationaler Relevanz auseinandersetzen (lesen Sie mehr zur neuen Langfristplanung auf S. 25).

Dabei wird auch zu berücksichtigen sein, dass sich Akteurskonstellationen und Verhaltensmuster auf internationaler Ebene verschieben und zunehmend unübersichtlicher werden. Potenzielle neue Gestaltungsmächte treten selbstbewusster auf, fordern demokratischere Entscheidungsstrukturen in den internationalen Beziehungen und sehen „westlich“ geprägte Normen vor dem Hintergrund fortbestehender Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten im globalen Regieren zunehmend kritisch. Im Rahmen des Berliner Sommerdialogs 2014 hat die sef: daher eine Debatte über die Zukunft von Global Governance angestoßen. Dabei stand auch die Frage im Raum, ob die zweifelsohne existierenden und dringlichen globalen Herausforderungen auch tatsächlich globaler Antworten bedürfen oder nicht genauso gut oder gar besser auf lokaler, nationaler oder regionaler Ebene bearbeitet werden können.

Zugleich war das Jahr 2014 auch ein Jahr der Weichenstellungen auf dem Weg hin zu einer neuen und universal gültigen Agenda für nachhaltige Entwicklung, deren Diskussionsprozess wir schon länger begleiten. Im Mittelpunkt steht für die sef:, als von Bundesländern getragene Stiftung, dabei vor allem

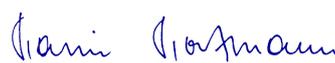
die Frage, wie die noch auszuhandelnden Entwicklungsziele für den regionalen und lokalen Kontext aufbereitet werden können. Zu dem Thema richtete die Stiftung im Jahr 2014 erstmals einen hochrangig besetzten Parlamentarischen Abend mit Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundestags sowie einen Austausch mit Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses aus. Im Herbst bot zudem das Bonn Symposium Vertreterinnen und Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen aus Deutschland, Europa und verschiedenen afrikanischen Ländern wieder Raum zum Austausch über künftige nachhaltige Entwicklungsziele.

Zu allen genannten Themenbereichen konnte die sef: auch 2014 renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Praktiker aus dem In- und Ausland als Autoren für die Publikationsreihen Global Governance Spotlight sowie Foreign Voices gewinnen. Neben den bereits angerissenen Themen sind auch zu anderen relevanten Fragen der Gegenwart – wie beispielsweise Internet Governance, autonome Waffensysteme oder die Verhandlungen um eine Finanztransaktionssteuer – lesenswerte Beiträge erschienen. Eine vollständige Übersicht finden Sie weiter hinten in diesem Jahresbericht.

Wir hoffen, Ihnen mit dem vorliegenden Bericht einen Eindruck von der Vielfalt der Stiftungstätigkeiten vermitteln zu können und werden auf den folgenden Seiten nicht chronologisch und vollumfänglich, sondern anhand von thematischen Schwerpunkten einen repräsentativen Überblick bieten. Seit Herbst 2014 können Sie unseren Aktivitäten zudem quasi live auf Twitter folgen (@sefbonn).

2014 wurde auch ein neues Kuratorium für die Zeit bis 2018 benannt. Vorsitzende des Kuratoriums ist weiterhin die Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, ihre Stellvertreter sind die Regierungschefs der Bundesländer Berlin, Brandenburg und Sachsen. Das Kuratorium der Stiftung Entwicklung und Frieden hat zum 1. Januar 2014 zudem einen neuen Beirat benannt, dessen neuer Vorsitzender Professor Lothar Brock von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung ist.

Lassen Sie uns abschließend erwähnen, dass wir all unsere Tätigkeiten 2014 ohne unsere Förderer und Partner, die die Arbeit der Stiftung ideell, aber auch materiell unterstützt haben, nicht in diesem Umfang hätten durchführen können. Dafür möchten wir uns herzlich bedanken und hoffen, dass ihr Kreis auch künftig weiter wächst und mit dazu beiträgt, die erfolgreiche Arbeit der sef: in den nächsten Jahren fortzusetzen.



**Karin Kortmann**  
Vorsitzende des Vorstandes



**Dr. Michèle Roth**  
Geschäftsführerin

## Global Governance – ein Modell der Vergangenheit mit Zukunft?

Eröffnungsrede von Prof. Dr. Lothar Brock  
zum Berliner Sommerdialog 2014

In den frühen 1990er Jahren brachten die international renommierten Politikwissenschaftler Ernst Otto Czempiel und James Rosenau einen Sammelband mit dem Titel „Governance without Government“ heraus. Die beiden Autoren übermittelten mit diesem Titel eine klare Botschaft: Es gibt Weltprobleme, jedoch keine Weltregierung. Wie also sollen wir mit diesen Weltproblemen umgehen? Die Antwort lautete: indem wir die Welt regieren ohne Weltregierung! Dafür steht Global Governance. Über Jahre hinweg war „Governance without Government“ die meist zitierte Publikation in der wissenschaftlichen Disziplin der Internationalen Beziehungen. Der Grund dafür ist einfach. Der Titel traf die damals unter Wissenschaftlern und Politikern vorherrschende Zuversicht, dass das friedliche Ende des Ost-West-Konflikts in Verbindung mit der Globalisierung aller Lebenszusammenhänge den politischen Raum für eine kooperative, über inter- und transnationale Netzwerke verbundene Weltpolitik geschaffen hatte. Die Charta von Paris, die Aufwertung der Vereinten Nationen (VN) im Umgang mit Krisen und Konflikten und die Weltkonferenzen der frühen 1990er Jahre konnten als Zeichen für den Willen und die Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft verstanden werden, diesen Raum in konstruktiver Form zu nutzen. Ein neues Verständnis von Staatlichkeit, Souveränität und öffentlich-privatem Zusammenwirken in einer post-nationalen Konstellation (wie Jürgen Habermas es nannte) boten neue Perspektiven auf einen substanziellen Wandel nicht nur der internationalen Politik, sondern der Politik überhaupt.

Im Rahmen der Vereinten Nationen wurde eine Kommission für Weltordnungspolitik eingerichtet, die die ideellen Grundlagen von Global Governance und ihre normativen Implikationen herausarbeitete und in systematischer Form die konkreten Anforderungen und Ansätze des Weltregierens ohne Weltregierung entwickelte. Nicht, dass dabei die Krisen und Konflikte der Welt verdrängt worden wären, im Gegenteil: Sie wurden als globale Herausforderungen definiert, deren kollektiver Bearbeitung sich kein politischer Akteur im eigenen Interesse entziehen durfte. Hervorgehoben wurde dabei insbesondere der Wirkungszusammenhang zwischen Sicherheit, Umwelt, Kultur und wirtschaftlicher Wohlfahrt in seiner Bedeutung für die Entstehung und Bearbeitung von Konflikten. Global Governance verlangte aus dieser Sicht zwingend eine Stärkung der Handlungsfähigkeit der VN und einen Ausbau der mit der VN-Charta vorgegebenen internationalen Rechtsordnung. Die Stiftung Entwicklung und Frieden hat sich damals große Verdienste erworben, in dem sie eine deutsche Ausgabe des Berichts veröffentlichte und damit we-

sentlich zu seiner Verbreitung im deutschsprachigen Raum beitrug.

Der Zuversicht, dass Governance without Government im Weltmaßstab gelingen könne, folgte jedoch sehr schnell die Ernüchterung. Dazu gehörte, dass die Handlungsfähigkeit der VN zwar tatsächlich ausgebaut wurde, aber hinter der Entwicklung der Krisen und Konflikte zurückblieb. Die Weltkonferenzen eröffneten zwar neue Perspektiven auf den Umgang mit grenzüberschreitenden Problemen, sie lieferten aber nur wenige, dem Handlungsbedarf angemessene Ergebnisse. Die damals so verstandenen „neuen Kriege“, internationaler Terrorismus, fortschreitender Raubbau an den natürlichen Ressourcen, zunehmende soziale Ungleichheit im Weltmaßstab und die Verbreitung fundamentalistischer Gegenbewegungen zur Globalisierung vermittelten den Eindruck eines weitgehenden Versagens der internationalen Gemeinschaft im Umgang mit den Existenzproblemen einer sich rasch und umso chaotischer herausbildenden Weltgesellschaft. Sie sind der Stoff, aus dem die Alpträume der Gegenwart gemacht sind.

Auch die Hoffnung auf die Zivilgesellschaft ist ins Wanken geraten. Sie ist genauso politisch gespalten wie die Weltgesellschaft insgesamt. Das betrifft insbesondere die Frage, wer was zu welchem Preis bekommt. Aus Sicht des globalen Südens stand „die Zivilgesellschaft“ von vornherein unter dem Verdacht, Vehikel der westlichen Hegemonie zu sein. Heute erscheint sie auch im Globalen Norden aufgrund der erwähnten fundamentalistischen Ab- und Ausgrenzungsbestrebungen ebenso als Teil des Problems wie als Teil seiner Lösung.

Hat Global Governance als Konzept der Vergangenheit angesichts dieser Entwicklung noch eine Zukunft? Da es keine Weltregierung gibt, die sich Weltproblemen widmen kann, muss diese Funktion in erster Linie durch nationale Regierungen erfüllt werden. Allerdings sind diese nicht immer in der Lage und oft nur bedingt willens in einer Art und Weise miteinander zu kooperieren, die für die Bewältigung von Weltproblemen vonnöten wäre. Zwar gehen in der Menschheitsgeschichte zivilisatorischer Fortschritt und Kooperation Hand in Hand, sie fallen aber immer wieder auch auseinander. Statt „governance without government“ haben wir es in offenbar zunehmendem Maße mit „government without governance“ zu tun.

Kritiker der mit dem Begriff der Global Governance verbundenen Problemsicht vertreten die Auffassung, dass der Begriff schon immer ein Euphemismus war, der die Realitäten der Weltpolitik im Allgemeinen und der westlichen Hegemonie nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus im Speziellen in einem falschen Licht erscheinen ließ. Diejenigen, die den Ansatz von Global Governance verteidigen, verweisen demgegenüber auf die Gefahr, konkrete Möglichkeiten des Wandels unter einer prinzipiellen

Kritik liberaler Weltordnungspolitik zuzuschütten. Das Problem liegt aus ihrer Sicht nicht darin, dass globale Kooperation als solche unter den „herrschenden“ Verhältnissen unmöglich ist, sondern dass sie mit der technologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung nicht Schritt hält.



Global Governance hat sozusagen drei Seiten: (1) eine normative, (2) eine analytische und (3) eine kritische. Die normative Seite des Konzepts bezieht sich auf die Anforderungen an die Politik. Es geht im Grunde genommen um *good governance*. *Good governance* steht in einem engen Sachzusammenhang mit Demokratisierung. Global Governance müsste als *good governance* also zugleich mit einer Demokratisierung des Weltregierens einhergehen. Diese Forderung impliziert zum einen die weltweite Verbreitung der Demokratie auf Staatenebene, zum anderen zielt sie auf ein demokratisches Design internationaler Organisationen einschließlich der VN.

Die Verbreitung der Demokratie hat seit Beginn der 1980er Jahre und vor allem nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erhebliche Erfolge zu verzeichnen. Samuel Huntington prägte hierfür den Begriff der „dritten Welle“ der Demokratisierung. Inzwischen ist diese dritte Welle aber weitgehend verebbt. Auch die in den 1990er Jahren hoch gespannten Erwartungen an die Möglichkeit, eine „globale Demokratie“ zu schaffen (David Held et al.), sind inzwischen verblasst. Und doch ist die Debatte nicht tot. Sie spricht einen zentralen Aspekt des globalen Regierens an, der einen erneuten Anlauf zur Klärung der zugrundeliegenden Sachfragen erforderlich macht.

Ein weiterer Aspekt der normativen Seite von Global Governance betrifft die Schaffung globaler Rechtsstaatlichkeit. Dazu gehört aus der Sicht des *globalen Nordens* die Pflicht jeder Regierung, den allgemein anerkannten Menschenrechtsstandards gerecht zu werden. Der *globale Süden* sieht den Kern globaler Rechtsstaatlichkeit dagegen darin, die Souveränität der Länder und das damit verbundene Interventionsverbot zu achten. Die *Responsibility to Protect* (R2P), auch Schutzverantwortung genannt, bietet im Grundsatz eine Möglichkeit, mit diesen sich entge-

genstehenden Einstellungen auf konstruktive Weise umzugehen – zumindest was den Schutz vor schweren Menschenrechtsverletzungen betrifft. Aber auch hier sind die Erwartungen der tatsächlichen Entwicklung weit vorausgeleitet.

Angesichts dieser Entwicklungen untersucht das Käte Hamburger Kolleg „Politische Kulturen der Weltgesellschaft“ die Bedeutung von Kooperation als Wesensmerkmal der Zivilisationsgeschichte und um einem Rückfall in einen aggressiven Partikularismus entgegenzuwirken. Soll es in diesem Zusammenhang nicht nur bei gut gemeinten Appellen bleiben, ist harte empirische Arbeit verlangt. Damit ist der zweite Aspekt von Global Governance angesprochen: der analytische. Hier stehen die Fragen im Vordergrund, wo, wie, von wem und mit welchen Ergebnissen tatsächlich im Sinne eines Regierens ohne Weltregierung zusammengearbeitet wird. Insbesondere ist zu fragen, inwieweit bestimmte Formen der begrenzten Kooperation sich zu Global Governance addieren oder eben nicht. Dabei geht es um unterschiedliche Kooperationsformen auf regionaler und funktionaler Ebene und im Rahmen bestimmter Elite-Konstellationen. Können *club governance* und Regionalismus als Bausteine von Global Governance betrachtet werden? Welche Rolle spielt die Interaktion zwischen der globalen und der lokalen Ebene? Was bedeutet die derzeit zu beobachtende globale Machtverschiebung für die Art und Weise, wie grundlegende Probleme von Global Governance angegangen werden? Untergraben internationale Netzwerke Verantwortlichkeit, während sie die Effizienz kollektiver Maßnahmen erhöhen?

Diese Fragen verweisen auf Global Governance als Ansatz der Kritik der Weltpolitik. Der kritische Blick verbindet Global Governance mit Macht und Interessen. Unter diesem Gesichtspunkt ist eine politische Ökonomie von Global Governance gefragt, die zugleich eine politische Ökonomie des sich ausbreitenden Fundamentalismus und Partikularismus sein müsste. Hier geht es um die Konstellationen von Macht und Interessen, Vorstellungen und emotionalen Bedürfnissen (Anerkennung, Respekt), die den globalen politischen Raum formen: Gibt es so etwas wie ein Weltgemeinwohl? Gibt es politische Kräfte, die es befördern könnten? Oder sind die Regierungen Interessen, Gewohnheiten, Wahrnehmungen und Präferenzen unterworfen, die mächtiger sind als sie selbst? Wir neigen dazu, uns aus kniffligen Fragen in die Beschwörung von Komplexität zu retten. Wie können wir dafür sorgen, dass „Komplexität“ kein Schlagwort wird, das mehr verbirgt, als es offenbart?

Die normativen, analytischen und kritischen Aspekte von Global Governance müssen zusammenhängend diskutiert werden. Aus diesem Blickwinkel bietet Global Governance weiterhin einen Rahmen für die Konzipierung einer Politik, die sich nicht nur zur Förderung des Weltgemeinwohls bekennt, sondern die eigene Rolle selbstkritisch reflektiert.

• **sef: Themen**

## Programmbereich Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand

### Perspektiven für Global Governance und die Rolle neuer Gestaltungsmächte

Global Governance – verstanden als Entwicklung von Institutionen, Regeln und Mechanismen zur kooperativen Bearbeitung von Weltproblemen – ist heute relevanter als je zuvor. Dies belegt die stetig zunehmende Anzahl transnationaler Herausforderungen, die eine globale Lösung erfordern. Doch zahlreiche internationale Verhandlungsprozesse über die effiziente Bereitstellung globaler öffentlicher Güter (Global Public Goods), wie z.B. eine intakte Umwelt, ein stabiles Klima oder Frieden und Sicherheit, stocken seit Jahren. Der institutionelle Multilateralismus, der in den 1990er Jahren die Hoffnung auf eine kooperative Weltordnungspolitik aufrechterhielt, erlebt einen nicht aufhaltsam erscheinenden Bedeutungsverlust.

Stattdessen gründen sich zahlreiche neue formale und informelle Foren, Clubs und Netzwerke. Das zunehmend selbstbewusste Auftreten neuer Gestaltungsmächte sowie ihr Einfordern von mehr Mitspracherecht machen zudem deutlich, dass der Westen keine Deutungshoheit über das Konzept von Global Governance mehr hat. Weltordnungspolitik

gestaltungspolitik gestalten? Diese Fragen standen im Zentrum des Berliner Sommerdialogs 2014 der sef. Eng damit verbunden erörterten die Teilnehmenden des Internationalen sef: Expertenworkshops im September die Voraussetzungen und Möglichkeiten neuer Gestaltungsmächte sowie innovativer Allianzen hinsichtlich der Bereitstellung von Global Public Goods.

#### *Patchwork governance*

Die derzeitige Form von Global Governance kann unter dem Stichwort *patchwork governance* zusammengefasst werden. Das häufig als unübersichtlich empfundene Nebeneinander von Foren und Netzwerken resultiert zum einen aus der Blockade zahlreicher multilateraler Prozesse, die von alten wie neuen Gestaltungsmächten gleichermaßen betrieben wird. Zum anderen ist sie auch ein Ergebnis des Vertrauensdefizits zwischen alten und neuen Mächten. *Patchwork governance* muss jedoch keineswegs notwendigerweise ein Hindernis für internationale Verhandlungen und eine effiziente Bereitstellung von Global Public Goods sein. Vielmehr kann sie gerade durch den Aufbau komplementärer Strukturen auch neue Möglichkeiten zur Kooperation eröffnen: „Theoretisch ist Fragmentierung etwas Gutes, denn sie ermöglicht es verschiedenen Akteuren in unterschiedlichen Geschwindigkeiten zu agieren“, so Dr. Philipp Pattberg von der Universität Amsterdam.

#### Das Potenzial neuer Gestaltungsmächte nutzen

Dass zudem das Potenzial neuer Gestaltungsmächte in der Umgestaltung von Global Governance in den letzten Jahren nicht annähernd genutzt worden ist – darin waren sich Expertinnen und Experten aller Weltregionen einig. Neue Gestaltungsmächte, wie die häufig diskutierten Staatengruppen BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) oder MIKTA (Mexiko, Indonesien, Korea, Türkei und Australien) sind zum einen frustriert über die Art und Weise, wie in den letzten Jahren über die Bereitstellung von Global Public Goods entschieden wurde. Zum anderen sind sie oft auch nicht mit den Inhalten der aus diesen Prozessen entstandenen Normen wie der Responsibility to Protect oder den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) einverstanden. Gleichzeitig möchten und sollten sie jedoch nicht als „Spielverderber“ betrachtet werden, wie zahlreiche Vertreter aus dem Globalen Süden betonten. Länder wie Brasilien, Mexiko oder China haben in hohem Maße von den Regeln und Strukturen der internationalen Beziehungen profitiert und planen nicht, diese abzuschaffen. Im Gegenteil, neue Gestaltungsmächte möchten zunehmend auch als Normgestalter und nicht als reine Empfänger oder Umsetzer auftreten und gesehen werden.



Berliner Sommerdialog 2014: Cord Jakobeit, Gelson Fonseca Junior, Lothar Brock und H H S Viswanathan

wird deshalb von vielen Beobachtern als zunehmend unmöglich erachtet. Doch gesteigerte Komplexität internationaler Verhandlungsprozesse birgt ein ebenso großes Potenzial: Denn gerade die (wieder-) aufstrebenden Länder könnten zu einer gerechteren und effizienteren Bereitstellung von Global Public Goods beitragen – durch neue Ideen und Lösungen, aber auch durch die Suche nach innovativen Kooperationsformen mit anderen Schwellenländern sowie etablierten Mächten.

Hat Global Governance eine Zukunft oder ist es Zeit ein neues Paradigma zu entwickeln? Wie wollen und können neue Gestaltungsmächte globale Weltord-

**„Gemeinsame, aber unterschiedliche Verantwortung“?**

Als größtes Hindernis für Global Governance identifizierten die Teilnehmenden beider Veranstaltungen jedoch die fehlende Übernahme von Verantwortung und Führerschaft – sowohl unter alten als auch unter neuen Gestaltungsmächten und unabhängig von ihrem „Standing“ in den internationalen Beziehungen. Die überholte, aber immer noch vorhandene Vorherrschaft westlicher Staaten wurde in diesem Zusammenhang vielfach kritisiert. Einerseits hätten westliche Staaten sich dem Konzept einer „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung“, das in den Klimaverhandlungen eine maßgebliche Rolle spielt, verschrieben. Andererseits seien viele der einflussreichsten Organisationen wie der UN-Sicherheitsrat oder die Bretton-Woods-Institutionen, die G7 oder auch die G20 nach wie vor höchst exklusiv; die meisten Führungspositionen in internationalen Organisationen bleiben westlich besetzt. „Es herrscht ein immenser Mangel an Vertrauen“, stellte Mzukisi Qobo, Vizedirektor des Centre for the Study of Governance Innovation an der Universität Pretoria, fest.

**Reform internationaler Institutionen**

„Wir können die Probleme von heute nicht mit den Institutionen von gestern lösen“, fasste ein Teilnehmer das Problem zusammen. Die zentrale internationale Institution, die Vereinten Nationen (UN), leidet allerdings an einer erheblichen institutionellen Schwäche. Häufig wurden die UN deshalb gar als Hindernis zur Bereitstellung von Global Public Goods bezeichnet. Arbeitsprozesse seien nicht inklusiv und es gebe kaum eine Lücke, in die neue Gestaltungsmächte stoßen könnten. Zusätzlich werde gute Arbeit von Mitgliedstaaten selten mit mehr Verantwortung und Einfluss honoriert. Eine Reform internationaler Organisationen, allen voran des UN-Sicherheitsrats, wird deshalb vor allem von Vertretern des globalen Südens befürwortet.

Eine groß angelegte Demokratisierung internationaler Institutionen ist jedoch vorerst nicht absehbar. Ein pragmatischer Ansatz schrittweiser Veränderungen erscheint vielversprechender. Beispielsweise könnte die Rechenschaftspflicht globaler Institutionen verbessert werden. Eine erhöhte Transparenz könnte wiederum Druck auf tradierte Mächte ausüben, neue Gestaltungsmächte verstärkt in Prozesse einzubinden. Auch Veränderungen in Arbeits- und Verhandlungsabläufen sind dringend notwendig.

**Allianzen und strategische Partnerschaften – eine neue Landschaft der internationalen Kooperation?**

Um Vertrauen wiederherzustellen und die Übernahme von Verantwortung zur Lösung von Weltproblemen überhaupt erst wieder möglich zu machen, ist es gleichzeitig unabdinglich, dass neue Formen der

Kooperation, auch und vor allem zwischen alten und neuen Gestaltungsmächten, etabliert werden.

Kooperationsformen, die sich vor allem im Bereich der Sicherheitspolitik bereits bewährt haben und Chancen für festgefahrene Verhandlungsprozesse über die Kategorien von alten und neuen Gestaltungsmächten hinaus bieten, sind Allianzen und strategische Partnerschaften. Erfolgreiche Beispiele für solche Kooperationsformen sind unter anderem die *International Coalition for the Responsibility to Protect (R2P)*, die *International Campaign to Ban Landmines* sowie die *Coalition for the International Criminal Court*.

Während Allianzen mehrere Akteure zu einem bestimmten Thema im multilateralen Kontext zusammenbringen, sind strategische Partnerschaften meist bilateral, informell und auf Vertrauensbildung in einem breiten Themenspektrum ausgelegt. Voraussetzung für beide Formen der Zusammenarbeit ist zunächst der Wille zum Ausbrechen aus tradiertem Block-Denken. Eine vertrauensvolle und effiziente Zusammenarbeit zwischen alten und neuen Führungsmächten kann nur auf Augenhöhe funktionieren. Auch die Identifikation des richtigen Themas spielt eine Rolle; dieses sollte von beiden bzw. allen Seiten akzeptiert, öffentlich sichtbar und eng umrissen sein. Ebenso wichtig ist die Übernahme von Führung durch einen teilnehmenden Staat, der ein gewisses Ansehen,

**Global Governance Spotlight 1|2014**

**Das Bali-Paket der WTO. Kehrt der Handelsmultilateralismus zurück?**

Noemi Gal-Or



Im Dezember 2013 beschloss die Welthandelsorganisation (WTO) auf ihrer 9. Ministerkonferenz in Indonesien das Bali-Paket. Als erstes WTO-Abkommen seit 18 Jahren hat es Hoffnungen auf ein Wiederaufleben des Handelsmultilateralismus geweckt. Durch einen neuen Verhandlungsansatz hat die WTO es geschafft, den unterschiedlichen und widerstreitenden Interessen, die üblicherweise dem Multilateralismus im Weg stehen, teilweise Rechnung zu tragen.

Im Global Governance Spotlight 1|2014 analysiert Noemi Gal-Or die wesentlichen Interpretationslinien des Bali-Pakets und benennt die wahrscheinlichen Auswirkungen. Sie bewertet die Errungenschaften der Bali-Erklärung und berücksichtigt dabei die zentripetalen und zentrifugalen Kräfte, die auf ein multilaterales Weltwirtschaftssystem einwirken.

genügend Ressourcen sowie die Fähigkeit, Ressourcen in glaubhafte Politik umzuwandeln, besitzt. Zu guter Letzt sind sowohl für Allianzen als auch strategische Partnerschaften externe Unterstützer sowie ein breiter Diskurs auf nationaler Ebene unabdinglich. Gerade erfolgreiche Koalitionen wie die oben genannten wurden zusätzlich von breit aufgestellten zivilgesellschaftlichen Kampagnen begleitet. So konnten die Koalitionen letztlich ihre Interessen auch gegen den Willen einiger mächtiger Staaten durchsetzen.

### Vorreiter, Wettbewerber – oder Parallelstrukturen?

Solch alternative Kooperationsformen können zum einen als Ausweichmöglichkeit für festgefahrene multilaterale Verhandlungen dienen – sogenannte „multilaterale Zombies“, die zwar nicht auf Eis gelegt werden, aber auch nicht zu einem Vertragsabschluss kommen. Sie können aber auch zu Vorreiterkoalitionen werden – wenn sich die teilnehmenden Staaten in einem bestimmten Bereich verpflichten, ein höheres Ziel als international vereinbart zu erreichen. In all diesen Kooperationen ist es für weniger einflussreiche Länder leichter Ideen einzubringen und Verantwortung zu übernehmen. So können sie Einfluss in internationalen Verhandlungen gewinnen, in denen sie sonst kaum zur Sprache gekommen wären. Bis zu einer bestimmten Größe können Allianzen zudem effizienter arbeiten.

Allerdings sind auch Allianzen und strategische Partnerschaften nicht per se konstruktiv. Ihre Ziele und Strategien sind zudem nicht immer zwangsläufig miteinander und mit international vereinbarten Regeln und Normen kongruent. Somit besteht die Gefahr Parallelstrukturen aufzubauen und letztendlich das Geflecht einer *patchwork governance* noch unübersichtlicher zu machen. Uneinigkeit herrschte beispielsweise darüber, ob die von den BRICS-Staaten im Jahr 2014 gegründete *New Development Bank* (NDB) eine noch nicht besetzte Nische füllt oder eine Parallelstruktur zu bereits existierenden Entwicklungsbanken bildet. Das Beispiel der NDB macht ebenfalls die Folgen von Wettbewerb durch neue Kooperationsformen und Institutionen deutlich. Einerseits belebt Wettbewerb natürlich das Geschäft; andererseits kann auch er zu einer weiteren Fragmentierung und somit zu Rückschritten in dem Bemühen, Abkommen zu Global Public Goods abzuschließen, führen.

### Welche Zukunft für Global Governance?

Was bedeuten all diese Entwicklungen für die Zukunftsfähigkeit von Global Governance? Unter den Teilnehmenden beider Veranstaltungen herrschte Einigkeit darüber, dass Global Governance sowohl formale als auch informelle Foren der internationalen Politikgestaltung umfasst. Somit ist auch das aktuelle Phänomen der *patchwork governance* ein Baustein von Global Governance und keineswegs ihr Nachfolger.

Es gibt keine magische Formel für legitime, repräsentative und effiziente Governance. Um die verschiedenen Elemente des derzeit vorherrschenden Flickenteppichs, darunter auch Allianzen von und mit neuen Gestaltungsmächten sowie strategische Partnerschaften, zusammenzuhalten, bleibt ein globaler Rahmen notwendig. Die derzeitigen internationalen Organisationen scheinen jedoch – bis auf wenige Ausnahmen wie die Welthandelsorganisation (WTO) oder der Internationale Währungsfonds (IWF) – nicht in der Lage einen solchen Rahmen bereitzustellen. Wie die Verhandlungen über eine effiziente und gerechte Bereitstellung von Global Public Goods in den nächsten Jahren weiter verlaufen, ist daher nicht absehbar.

Vor allem Teilnehmende aus dem globalen Süden forderten von Deutschland und der EU ein, dass sie die Rolle eines konstruktiven globalen Players übernehmen. Beide sollten proaktiv auf neue Gestaltungsmächte zugehen und in innovativen Allianzen und strategischen Partnerschaften gemeinsam ein neues Paradigma von Global Governance zur Bereitstellung von Global Public Goods zu entwickeln. Dies kann nur über eine konstante Politik der Vertrauensbildung geschehen. Public-Diplomacy-Koalitionen zwischen alten und neuen Gestaltungsmächten sowie der Zivilgesellschaft könnten dabei ein Schlüssel zum Erfolg sein.

#### Global Governance Spotlight 6|2014

##### Internet Governance und Privatsphärenschutz. Wohin geht der Weg?

Rolf H. Weber

Das Internet hat nicht in erster Linie qualitativ, sondern hauptsächlich quantitativ die Anforderungen an die Gewährleistung des Privatsphärenschutzes erhöht. Die steigenden Informationsansprüche von Privaten und Unternehmen sowie die erweiterten informationellen Handlungsmöglichkeiten des Staates, teilweise auch gepaart mit einer gewissen Sorglosigkeit der Individuen bei der Offenlegung persönlicher Daten, machen einen effektiven Privatsphärenschutz im Informationszeitalter schwierig.

Professor Rolf H. Weber, Inhaber des Lehrstuhls für Privat-, Wirtschafts- und Europarecht an der Universität Zürich, analysiert in Ausgabe 6|2014 der Global Governance Spotlights das Spannungsfeld zwischen Informationsverbreitung und Privatsphärenschutz und gibt Empfehlungen, wie die Politik sich diesem annehmen sollte.



## „Der Westen und der Rest“

**Interview mit Botschafter H H S Viswanathan  
Distinguished Fellow an der Observer Research  
Foundation, Neu Delhi**

### Exzellenz, was ist die gemeinsame Agenda der BRICS hinsichtlich Global Governance?

Als sich die BRICS gründeten, war eine ihrer Hauptsäulen die Reform der internationalen Finanzinstitutionen, besonders der Bretton-Woods-Institutionen. Im Laufe der Jahre haben die BRICS ihre Arbeitsgebiete erweitert. Sie möchten die Herausforderungen von Global Governance angehen und mit anderen internationalen Mächten gemeinsam ein neues Paradigma erarbeiten. Inzwischen erkennen auch viele westliche Staaten den Fakt an, dass das alte Paradigma von Global Governance überholt ist und dass alte und neue Gestaltungsmächte gemeinsam nach einer neuen Perspektive suchen müssen.

### Was ist der Unterschied zum alten „westlichen“ Paradigma von Global Governance?

Der Ansatz der BRICS hinsichtlich Veränderungen im Global-Governance-System ist inklusiv und nicht konfrontativ. Wenn man sich die BRICS genauer ansieht, erkennt man, dass alle fünf Staaten ihren Erfolg auf den Prozess der Globalisierung und auf die von den etablierten Mächten entwickelten Regeln aufgebaut haben. Diese Staaten haben kein Interesse daran, die existierende globale Ordnung umzustürzen, weil sie selbst von vielen Aspekten profitiert haben. Sie sagen jedoch, dass es Zeit für Veränderung ist. Dieser Ansatz ist nicht als „Der Westen gegen den Rest“ zu verstehen. Stattdessen sollte das Paradigma eher als Diskurs mit dem Titel „Der Westen und der Rest“ geführt werden, um gemeinsam eine neue Idee von Global Governance zu entwickeln.

### Was erwarten die BRICS von Deutschland und Europa, um solch ein neues Paradigma von Global Governance zu entwickeln?

Unserer Meinung nach kann ein Land wie Deutschland oder eine Staatengruppe wie die EU viel zu einer frischen Denkart beitragen. Wir müssen zugeben: Alle großen Ideen der letzten 200 Jahre kamen aus Europa. Europa generell und Deutschland im Besonderen sind für ihre ausgleichende Rolle in den internationalen Beziehungen bekannt, Deutschland hat das bewiesen. Es arbeitet immer auf einen Konsens hin. Deshalb denken wir, dass Deutschland ein guter Gesprächspartner ist, um die BRICS weiterzuentwickeln und eine gemeinsame Agenda zu erarbeiten. Das Land kann eine große Rolle darin spielen, den Diskurs von „Der Westen gegen den Rest“ hin zu „Der Westen und der Rest“ zu verändern.



### Foreign Voices 5|2014

#### South Africa and Patchwork Governance. System Stabiliser or Antagonist?

*Mzukisi Qobo*

Global Governance ist geprägt vom Aufstieg neuer Gestaltungsmächte und von informellen Netzwerken, die jedoch nicht zwangsläufig zu mehr oder effizienterer Kooperation führen. In Ausgabe 5|2014 der Foreign Voices untersucht Dr. Mzukisi Qobo das Engagement Südafrikas in diesem System globaler Patchwork Governance kritisch.

Er kontrastiert das südafrikanische Selbstbild eines Systemstabilisators mit den zunehmend engen Beziehungen zu China und Russland und gibt Empfehlungen, wie eine Wiederannäherung zwischen Südafrika und westlichen Staaten erreicht werden könnte.



## G20 und Global Governance

**Interview mit Dr. Mzukisi Qobo**  
**Stellvertretender Direktor am Centre for the Study of Governance Innovation an der Universität Pretoria**

**Herr Qobo, was ist für Sie der Mehrwert der G20 für Global Governance?**

Ich denke, der Mehrwert der G20 ist, dass sie eine breitgefächerte Auswahl an Ländern, die wichtig für das internationale Wirtschaftssystem sind, zusammenbringt. Das ist eine Voraussetzung dafür, tatsächliche Lösungen für einige der wichtigsten Herausforderungen in der heutigen Welt zu finden. Diese Problemlösung kann nicht länger die exklusive Aufgabe der G7 oder einiger weniger westlicher Länder sein. Die G20 ist deshalb bedeutend auf Grund ihrer Diversität – der Stimmen, der Gedanken, der Traditionen und der Wege, wie Probleme angegangen werden. Die G20 decken einen Großteil der globalen Sphäre ab. Sie repräsentieren nicht zwangsläufig jedermann, aber im Vergleich zu den G7 oder anderen multilateralen Foren sind sie durchaus ausreichend repräsentativ.



**Was ist Ihrer Meinung nach das größte Manko der G20?**

Ich denke, das größte Manko vieler breit angelegter Prozesse und Institutionen ist, dass sie in ihren Entscheidungsfindungsprozessen wenig effizient sind. Die G20 tendieren ebenfalls dazu. Gleichzeitig ist wichtig zu betonen, dass die G20 ein informeller und nicht mit Entscheidungsmacht ausgestatteter Mechanismus sind. Ihre Agenda hängt oftmals vom jeweiligen Vorsitz bzw. dem gastgebenden Land ab. Das führt zu einer großen Varianz hinsichtlich der Tagesordnungen von einem Gipfel zum nächsten. Um mehr Effizienz zu erreichen, ist es meiner Meinung nach notwendig, dass die G20 in verschiedenen Aspekten ihrer Entscheidungsprozesse ein gewisses Maß an Institutionalisierung etablieren.

**Eines der selbsterklärten Hauptziele der G20 ist es, Hindernisse für den Welthandel abzubauen. Das multilaterale Handelssystem scheint derzeit jedoch mit einer Vielzahl großer bilateraler Abkommen umgehen zu werden. Kann die G20 den globalen Handels-multilateralismus retten?**

Multilateraler Handel fällt eigentlich in den Aufgabenbereich der Welthandelsorganisation (WTO); ausschlaggebende Entscheidungen über die Welthandelsrunden werden innerhalb der WTO von deren Mitgliedstaaten getroffen. Die Aufgabe, die der

G20 zukommt, ist – zumindest sehe ich das so – der Aufbau von Vertrauen. Während der Treffen der Staatsoberhäupter können diese ihre Meinung hinsichtlich anderer politischer Mächte oder politischer Überzeugungen äußern. So können die Politiker, die daran interessiert sind, andere Staaten dahingehend sensibilisieren, was für den Abschluss einer Welthandelsrunde notwendig wäre – in diesem Fall den Abschluss der Doha-Runde.

Die Frage von „Regionalismus vs. Multilateralismus“ ist eine immer währende Frage im Kontext des Welthandels. Ist Regionalismus ein Sprungbrett oder ein Stolperstein für den Abschluss globaler Handelsrunden? Ich persönlich denke, dass es ein wenig von beidem sein kann. Meiner Meinung nach sollten die Länder, die ihre Interessen besser in regionalen Prozessen umgesetzt sehen, diese auch verstärkt verfolgen. Das sollte jedoch nicht auf Kosten der globalen Handelsrunden geschehen. Irgendwann müssen die verschiedenen Parteien der WTO-Verhandlungen einsehen, dass sie politischen Willen demonstrieren und ihre Stärken zusammenbringen müssen, um die Hauptkonflikte der Verhandlungen lösen. Sie müssen sicherstellen, dass auch innerhalb der WTO die Entscheidungsprozesse effizient ablaufen und die Ergebnisse die Interessen der Mehrheit der Weltbevölkerung, die im Übrigen derzeit in Entwicklungsländern lebt, zufrieden stellen. Meine Hoffnung ist, dass das Transatlantische Freihandelsabkommen kein weiteres Hindernis für den Abschluss der Doha-Handelsrunde sein wird.

### Global Governance Spotlight 7|2014

**Die Shanghai Cooperation Organisation. Regionale Aufgaben mit geopolitischer Bedeutung?**

*Nadine Godehardt*

Unmittelbar nach Gründung der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) 2001 war das internationale Interesse an der Organisation groß. In den ersten Jahren wurde sie häufig als chinesisch-russischer Schulterchluss beschrieben, der dem geopolitischen Einfluss von NATO und USA in Zentralasien entgegenwirken sollte. Doch bereits wenige Jahre später flachte das westliche Interesse deutlich ab. In Ausgabe 7|2014 der Global Governance Spotlights analysiert Dr. Nadine Godehardt von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), weshalb diese Haltung mit Blick auf die Situation in Afghanistan nach 2014 und einer möglichen Erweiterung der SCO um Indien und Pakistan auf dem nächsten Gipfel 2015 im russischen Ufa überdacht werden sollte.



## Programmbereich Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik

### Globale Ziele für nachhaltige Entwicklung: Wer soll das bezahlen?

Im Herbst 2015 wird von der internationalen Staatengemeinschaft vermutlich eine neue Agenda für nachhaltige Entwicklung verabschiedet, die auf die Millenniumentwicklungsziele folgen soll. Einen wichtigen Schritt in diese Richtung stellte 2014 die Veröffentlichung des ersten Zero Drafts der Offenen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen dar – eine Liste mit 17 Zielen, die für alle Länder rund um den Globus bindend sein sollen. Die Ziele sind aber das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stehen, bis ihre Finanzierung geklärt ist. Wie diese zustande kommen soll und kann, diskutierte die Stiftung Entwicklung und Frieden mit nationalen und internationalen Experten am 7. Oktober 2014 auf ihrem Policy Briefing in Brüssel und vom 26. bis 27. November auf dem Bonn Symposium.

#### Expertenrat

Debattiert wurde vor allem der Bericht des UN-Expertengremiums zur Finanzierung einer Post-2015-Agenda (*Intergovernmental Committee of Experts on Sustainable Development Financing*, ICESDF). Dieser bildet auch die Grundlage für die Verhandlungen im Rahmen der dritten UN-Konfe-



Policy Briefing 2014 in der Landesvertretung NRW in Brüssel

renz zur Entwicklungsfinanzierung (*Financing for Development*, FfD) im Juli 2015 in Addis Abeba. Seine wesentlichen Bestandteile präsentierte Dr. Jochen Harnisch, Leiter des Kompetenzzentrums Umwelt & Klima bei der KfW Bankengruppe und Ko-Autor des deutschen Experten im ICESDF, Dr. Norbert Klopenburg, im Rahmen des Bonn Symposium 2014. So stellt der Bericht fest, dass weltweit ausreichend öffentliche und private Finanzmittel vorhanden sind, um den derzeitigen Finanzierungsbedarf für nachhaltige Entwicklung zu decken. Vier Finanzierungsquel-

len stehen dafür zur Verfügung: nationale öffentliche und nationale private sowie internationale öffentliche und internationale private Finanzierungsquellen. Neben einer Analyse der aktuellen Situation der Entwicklungsfinanzierung präsentierte das 30-köpfige Expertengremium auch einen neuen „strategischen Ansatz“: So sollen etwa nationale Verantwortlichkeiten erhöht und stärker an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtet werden. Der Bericht fordert auch, private Interessenvertreter stärker als bislang miteinzubeziehen.

#### Segen und Fluch privater Mittel

Die Ausführungen zu privaten Finanzierungsquellen, speziell zu *blended finance*, sorgen jedoch für hitzige Diskussionen – so auch auf dem sef: Policy Briefing in Brüssel. Beim *blending* werden öffentliche Zuschüsse oder Darlehen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (*Official Development Assistance*, ODA) durch kommerzielle Kredite ergänzt; durch die Hebelung soll so ein größerer Nutzen erzielt werden. Das Instrument wird bislang am häufigsten von internationalen Entwicklungsinstitutionen eingesetzt und spielt auch für die Europäische Kommission inzwischen eine wichtige Rolle, führte Kommissionsmitarbeiter Eero Saeu in der nordrhein-westfälischen Landesvertretung aus: 1,6 Milliarden Euro seien in unterschiedliche Instrumente der Mischfinanzierung geflossen und hätten durch Hebelung insgesamt 14 Millionen Euro bewegt. Die große Mehrheit dieser Gelder käme öffentlichen Institutionen in Entwicklungsländern zu Gute, ein auch unter den Teilnehmer des Briefings scheinbar unproblematisches Vorgehen. Für Kritik sorgen aber Public Private Partnerships (PPP), in deren Rahmen europäische Privatunternehmen Mittel der öffentlichen Entwicklungshilfe zur Verfügung gestellt bekommen. So kritisierte etwa Tove Ryding, *Policy and Advocacy Manager* beim *European Network on Debt and Development* in Brüssel, die Bekämpfung der extremen Armut dabei häufig in den Hintergrund trete: Zum einen fließe ein Großteil des Geldes an Länder mit mittlerem Einkommen, in denen private Unternehmen einen *business case* sehen und nicht in die am wenigsten entwickelten Staaten. Zweitens seien PPPs oft wenig transparent: Während öffentliche Geber strengen Kriterien zu folgen hätten, könnten Privatunternehmen sich unter dem Mantel der „Geschäftsgeheimnisse“ vor allzu viel Offenlegung schützen.

Aber auch der Bericht des ICESDF sieht private Mittel für Entwicklungsfinanzierung nicht zwingend als Erfolgsgarant: Vor allem von ausländischen Direktinvestitionen (*Foreign Direct Investments*, FDI) sei in der Vergangenheit häufig keine entwicklungsförderliche Wirkung ausgegangen. Paulo S.

## Global Governance Spotlight 2|2014

### EU-11 als globale Avantgarde? Die Verhandlungen um eine Finanztransaktionssteuer

Hubert Zimmermann

Seit Jahrzehnten sprechen sich politische und zivilgesellschaftliche Akteure für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer aus. Ziel ist die Eindämmung spekulativer Transaktionen auf den Finanzmärkten. Die Verhandlungen von 11 EU-Mitgliedstaaten sind daher grundsätzlich sehr positiv, gestalten sich aber schwierig. Im Global Governance Spotlight 2|2014 beschreibt Professor Hubert Zimmermann die zunächst global, später innereuropäisch geführten Diskussionen über die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie die Stärken und Schwächen des Modells. Er endet mit dem ernüchternden Fazit, dass die Steuer wahrscheinlich nur in abgeschwächter Form eingeführt werden wird und der schwindende politische Impetus zudem zu einer lückenhaften Implementation und damit zu einer Umsetzung, die die eigentliche Intention verfehlt, führen könnte.



Kautoke, stellvertretender Generalsekretär des AKP-Sekretariats in Brüssel, fürchtete gar, die Zunahme privater Gelder könne zu einer neuen Schuldenkrise der Entwicklungsländer führen. Diese würden immer öfter auf private Mittel mit weniger Auflagen bzw. Konditionalitäten zurückgreifen, dafür mit vergleichsweise hohen Zinsen, die bereits jetzt in einigen Fällen Probleme verursachten.

### Innovativ oder inhaltsleer?

Der ICESDF-Bericht wird auch für den verwendeten Terminus der „innovativen“ Finanzierungsquellen kritisiert. Es liefere zwar eine gute Analyse des Status quo, nenne aber keine Instrumente, die es wert seien, sie als „innovativ“ zu bezeichnen, kritisierte etwa Tove Ryding. So tauche die Finanztransaktionssteuer zwar im Analyseteil des Berichts auf, fehle aber später bei den konkreten Instrumenten. Mangelnde Innovationskraft wurde dem Papier auch in den Diskussionen des Bonn Symposiums attestiert. Für Dr. Ulrich Graute, wissenschaftlicher Berater der Berliner METROPOLIS Initiative, handelt es sich um einen reinen Werkzeugkasten, der auf ein Ranking oder Empfehlungen verzichte, wie die Instrumente sinnvoll eingesetzt werden könnten. Er hätte sich hier von den Verantwortlichen mehr Mut gewünscht: Der Vorschlag „eines Solidaritätsbeitrags für die SDGs“ etwa „hätte sicher für Unruhe gesorgt. Aber man hätte sich daran reiben und eine lebendige Diskussion starten können.“ Außerdem bemängelten verschiede-

ne Teilnehmer beider sef: Veranstaltungen das Ausklammern der Verantwortlichkeiten und Kostenaufteilung. Vor allem Vertreter der Entwicklungsländer drängen darauf, dies auf der Konferenz von Addis im Frühsommer nachzuholen. Sollten die Industrieländer dort keine verbindlichen Finanzierungszusagen machen, könnte dies den gesamten Post-MDG-Prozess gefährden, warnte Kautoke in Brüssel.

### Wer profitiert?

Unklar ist bislang auch, wie die Gelder innerhalb eines Landes allokiert werden sollen. Dies stellt vor allem lokale Akteure bzw. ihre Netzwerke, um die sich die Diskussionen beim Bonn Symposium insbesondere drehten, vor Herausforderungen. Für sie ist es wichtig, sich in den kommenden Monaten auch in die internationalen Pfd-Diskussionen und Konferenzen einzubringen. Denn Kommunen brauchen zusätzliche Finanzmittel zur Implementierung einer Post-2015-Agenda. Dabei war die Tendenz in den letzten Jahren eher rückläufig: So stellte Sinfelfingens Oberbürgermeister Dr. Bernd Vöhringer auf dem Bonn Symposium ernüchtert fest, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise der letzten Jahre in unterschiedlichen Ländern Europas zu einer verstärkten Zentralisierung auch von Finanzen geführt habe. Letztlich wird es aber nicht nur darauf ankommen, woher die Mittel zur Finanzierung der Post-2015-Agenda stammen, sondern auch darauf, wie und wo sie eingesetzt werden.

## Global Governance Spotlight 5|2014

### Die Privatwirtschaft in den Post-2015-Verhandlungen. Plädoyer für eine stärkere Betonung der menschenrechtlichen Verantwortung

Brigitte Hamm

Seit Monaten laufen die internationalen Verhandlungen zu einer Post-2015-Entwicklungsagenda auf Hochtouren. Neben den UN, Regierungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ist auch die Privatwirtschaft ein wichtiger Akteur, der über unterschiedliche Foren Einfluss auf die Debatte nimmt. In Ausgabe 5|2014 unserer Global Governance Spotlight Reihe beleuchtet Brigitte Hamm, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Formen und Arenen solcher Einflussnahme durch Multinationale Unternehmen und analysiert deren Folgen. Besondere Aufmerksamkeit richtet die Autorin dabei auf die zunehmenden Multistakeholder-Initiativen, denen sie zwar eine wichtige Funktionen zuspricht, gleichzeitig aber auch Grenzen und Schwächen attestiert.



## Globale Ziele für nachhaltige Entwicklung: Was bedeuten sie für Regionen und Gemeinden?

Die Diskussionen über eine universelle Post-2015-Agenda für nachhaltige Entwicklung erlebten im Jahr vor ihrer voraussichtlichen Verabschiedung einen gewaltigen Schub. Die Stiftung Entwicklung und Frieden beteiligte sich an dem Prozess, in dem sie im Rahmen des Länderworkshops in Potsdam, des Parlamentarischen Abends in Berlin, des neuen Veranstaltungsformats „Der sef: Beirat im Gespräch“ und des Bonn Symposiums 2014 vor allem die Bedeutung von Regionen und Gemeinden ins Zentrum



Bonn Symposium 2014: Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters

rückte. Dies aus berechtigtem Grund: Lokale Akteure wie Regierungen und ihre Behörden stehen an vorderster Front, wenn Bürger nach Antworten auf ihre Probleme und Befriedigung ihrer Bedürfnisse verlangen. Dies galt auch und gerade für die Erfüllung der acht Millenniumsentwicklungsziele. Allzu oft hat aber eine übermäßige Zentralisierung der Entscheidungsfindung Lösungen verlangsamt oder gar verhindert. Bei den Nachhaltigen Entwicklungszielen (*Sustainable Development Goals*, SDGs) soll sich dies ändern, und so werden die lokalen Akteure schon bei der Ausgestaltung der Agenda gehört.

### Die (Wieder-) Entdeckung des Lokalen

Die Bedeutung der lokalen Ebene spiegelte sich auch im Bericht der *Open Working Group* der UN wider, der im Sommer 2014 präsentiert wurde. Der 17 Punkte umfassende Katalog enthielt mit Ziel 11 ein eigenes Stadtziel: „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“. Es greift dabei ganz unterschiedliche inhaltliche Dimensionen wie Infrastruktur, Mobilität oder Energie auf. Kommunal- und Städtenetzwerke hatten sich rund um den Globus dafür stark gemacht. Und ihre Stimmen finden durchaus Gehör, bestätigte etwa Kölns Oberbürgermeister Jürgen Roters: „Glückli-

cherweise ist die Kritik an der Hinterzimmer-Geburt der MDGs auf offene Ohren gestoßen und wir erleben derzeit einen wertvollen Konsultations- und Diskussionsprozess zur Post-2015-Agenda auf allen Ebenen“. Dem pflichtete auch Yunus Arikan von ICLEI – *Local Governments for Sustainability* bei: „Während Kommunen 1992 noch kämpfen mussten, um am Weltgipfel in Rio teilnehmen zu können, sind sie spätestens nach der Habitat-Erklärung von Istanbul im Jahr 1996 als wichtige Partner auch auf der internationalen Bühne anerkannt“, analysierte er. ICLEI gehört – wie auch das ebenfalls auf dem Symposium vertretene Netzwerk *United Cities and Local Governments (UCLG)* – der *Global Taskforce of Local and Regional Governments for Post-2015 Agenda towards Habitat III* an, die auf Initiative des Oberbürgermeisters von Istanbul mit dem Ziel ins Leben gerufen worden ist, kommunale Positionen zur nachhaltigen Stadtentwicklung gegenüber den UN zu vertreten.

Aber nicht nur bei den Vereinten Nationen spielen Kommunen und Städte mittlerweile eine wichtige Rolle – auch auf Ebene der Europäischen Union sind sie aktiv. Was und wie sie dort Dinge bewegen, erläuterte Christiane Overmans als Vizepräsidentin des Rats der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) sowohl beim Länderworkshop der sef: als auch beim Bonn Symposium. Diese Funktion erlaube es ihr mitzuentcheiden, wenn auf europäischer Ebene Politik zu einer Post-2015-Agenda gemacht werde. Die Kommunen würden dort mittlerweile aber nicht nur als Verhandlungspartner geschätzt, sondern als Treiber für Entwicklung auch konkret gefördert. „Die EU hat endlich die Bedeutung der Stärkung lokaler Behörden entdeckt“, sagte Jean Bossuyt vom Think Tank ecdpm im Rahmen des Bonn Symposiums und führte einige Beispiele an. So seien lokale Behörden aus dem globalen Süden inzwischen seit einigen Jahren von EuropeAid als förderungswürdig anerkannt und könnten sich an Projektausschreibungen beteiligen. Auch die Budgethilfe werde zu ihren Gunsten umgestellt; so könne die Kommission als Geberin heute verlangen, dass ein Teil des von ihr zur Verfügung gestellten Geldes direkt an die lokalen Behörden weitergeleitet werde.

Trotz des Aufwinds würden sich bis heute viele Kommunen aufgrund mangelnder personeller und finanzieller Ausstattung an internationalen Konsultationsprozessen nicht beteiligen, bedauerte Overmans: „Sie klagen dann über die Ergebnisse, nehmen aber an den Diskussionen und Entscheidungsfindungen im Vorfeld zu wenig teil.“ Noch ausgeprägter ist dies in vielen Ländern des Südens der Fall, sagte etwa Charles Patsika von UCLG Africa. Trotz der MDGs seien nur sehr wenige Bürger ausreichend über das Themenfeld nachhaltiger Entwicklung informiert. So lobte er zwar die im Rahmen der *Localizing 2015* gelaufenen Konsultationsprozesse. Diese seien jedoch nur in fünf von 53 afrikanischen Ländern durchgeführt worden, das sei „viel zu wenig“. Wie positiv

sich so etwas auswirken kann, legte Dr. Tausi Kida am Beispiel Tansania dar: Von Oktober 2012 bis Mai 2013 wurden in dem Land unter der Führung einer Planungskommission des Präsidentenbüros und mit Unterstützung nationaler Forschungseinrichtungen und Think Tanks umfassende Konsultationsprozesse auf lokaler Ebene durchgeführt. Dr. Kidas Organisation *Economic and Social Research Foundation* (ESRF) nahm dabei eine federführende Rolle ein. Der Prozess sollte die Bürger nicht nur über die Post-2015-Agenda informieren, sondern vor allem eruieren, welche Ziele diesen besonders wichtig sind. Neben Organisationen der Zivilgesellschaft, lokalen Behörden und so genannten „gefährdeten Gruppen“ (Senioren, Frauen, Kinder, junge Frauen und Jugendliche) wurden auch die Privatwirtschaft, Beamte der Zentralregierung, Vertreter der Hochschulbildung, Forschungseinrichtungen und Freiwilligenorganisationen gehört. Herausgekommen ist ein Report, dessen zentrale Forderungen zu einem großen Teil die 17 Ziele des Open-Working-Group-Berichts widerspiegeln, so Kida. Ein solches Vorgehen sorgt für mehr *ownership* in der Bevölkerung und verbessere damit auch die Chance auf einen nachhaltigen Wandel.

### Ein neues Wir-Gefühl

Davon ist man auch in der Europäischen Union überzeugt: Als einer der wichtigsten Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit möchte die EU das Jahr 2015 daher nutzen, um intensiv und öffentlich über die Bedeutung von Entwicklungszusammenarbeit zu diskutieren. Sie hat deshalb das „Europäische Jahr der Entwicklung 2015“ ausgerufen, in dem sie ihre Rolle als weltgrößter Geber von Entwicklungshilfe vor der eigenen Bevölkerung zur Geltung brin-



Workshop für Experten der Bundesländer 2014: Fachtagung zum Europäischen Jahr der Entwicklung 2015 – Die Perspektive der Länder

gen und Rückhalt für ihre Politik gewinnen möchte. Auch für Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer ein wichtiger Aspekt in der aktuellen Diskussion. So hatte sie auf dem Parlamentarischen Abend der sef: im

Frühjahr 2014 erklärt: „Die neue Agenda stellt nicht nur die Weichen für die Entwicklungspolitik der nächsten Jahrzehnte“, sondern müsse auch Antwort-



Parlamentarischer Abend: Vortrag von Frau Prof. Dr. Maria Böhmer, Staatsministerin im Auswärtigen Amt

ten auf die schwierige Frage geben, „wie wir künftig leben wollen“. Dazu gehöre auch, so sagte es Thomas Silberhorn MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, dass wir alle „im täglichen Leben die richtigen Entscheidungen treffen müssen“ und „den eigenen Lebensstil immer wieder kritisch hinterfragen“.

Wie die Bürger für solche Ideen gewonnen werden können, wurde auch im Rahmen eines von der sef: organisierten Workshops im Februar in Potsdam mit Vertretern aus 14 Bundesländern intensiv diskutiert. Für Dr. Jan-Hendrik Kamlage vom Kulturwissenschaftlichen Institut Essen wird das Europäische Jahr der Entwicklung von der Anbindung an lokale Gegebenheiten leben. „Mitmachveranstaltungen wie das Europäische Jahr leben von den Ideen der Bürgerinnen und Bürger“, verdeutlichte er. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft könne deshalb möglicherweise schon bei der Ausarbeitung von Maßnahmen beginnen. In Vorarlberg hätten beispielsweise Bürgerräte, die aus 12 zufällig ausgewählten Bürgern bestehen, anderthalb Tage lang ein neues Umweltprogramm entwickelt. Um die Bürger zu begeistern, müsse Entwicklungszusammenarbeit erlebbar und fassbar gemacht und der Bezug zum eigenen Leben hervorgehoben werden. Wichtig sei in diesem Zusammenhang vor allem eine bürgernahe Sprache. Begriffe wie *MDGs* oder *Ownership* würden jede Debatte auf lokaler Ebene ausbremsen. „Die Bürger

wissen am besten, was sie interessiert und motiviert“, ergänzte Kathrin Bimesdörfer von der IFOK GmbH, die konkrete Beispiele für gelungene Dialog- und Beteiligungsverfahren aufzeigte. Die Geschäftsstelle „Dialog schafft Zukunft“ des Landes NRW oder die Erarbeitung der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg sind nur zwei Beispiele für die erfolgreiche Einbettung einer neuen Dialogkultur.

### Nachhaltigkeit und Entwicklung oder nachhaltige Entwicklung?

Dafür müssten allerdings die bislang vornehmlich separat diskutierten Komplexe von Entwicklung und Nachhaltigkeit stärker zusammengedacht werden. Für Böhmer eine der derzeit wichtigsten strukturellen Herausforderungen. Während des Bonn Symposiums forderte auch der Kölner Oberbürgermeister Jürgen Roters, Schubladendenken und Ressortstreitigkeiten zu überwinden. Dazu brauche es neben dem politischen Willen auch ganz konkrete Änderungen, etwa „eine Verwaltungsstruktur, in der Nachhaltigkeit in all ihren Dimensionen grundlegend und kohärent verankert ist und nicht an Zuständigkeitskonflikten scheitert“. In der Stadt Berlin ist man mit

und Entwicklung immer wieder in den Hintergrund. Dennoch sei das Thema Nachhaltigkeit „in den Kommunen ja bereits Alltag“, sagte etwa der Sindelfinger Oberbürgermeister Dr. Bernd Vöhringer. In Bereichen wie Energie und Mobilität würden Bürger dies sogar von ihren Politikern einfordern. Schwieriger sei es allerdings, Unterstützung für Projekte mit dem globalen Süden zu gewinnen, deren Nutzen für den potenziellen Wähler nicht immer gleich erkennbar sei, oder wenn Spannungsfelder bestünden. „Ja, klar wollen die Bürger mehr Nachhaltigkeit, sie wollen aber eben auch die neue Autobahn“, so Overmans.

### Mehrebenensysteme: Chance und Herausforderung

Neben Bund und Kommunen existiert in den meisten Ländern eine zwischengeschaltete politische Ebene, in Deutschland sind dies die Bundesländer. Auch sie tragen eine Verantwortung für den Erfolg einer neuen globalen Agenda für nachhaltige Entwicklung und sollen für Deutschland etwa das Europäische Jahr für Entwicklung umsetzen. Ihr Selbstverständnis spiegelt sich auch im Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz vom 12. Juni 2014 wider. Unter dem Titel „Beitrag der deutschen Länder zur Post-2015-Agenda für nachhaltige (globale) Entwicklung“ begrüßen die Länderchefs die geplante Universalität der Ziele und machen sich angesichts neuer Herausforderungen für ein kohärentes Vorgehen der unterschiedlichen Ebenen und Akteure stark. Diese Schlussfolgerung steht auch im Einklang mit dem Ergebnis des Gipfels von Turin im Oktober 2014, in dessen Rahmen Vertreter aus mehr als 30 Ländern über den Beitrag der lokalen Ebene zur Umsetzung einer neuen universalen Agenda für nachhaltige Entwicklung diskutierten. In der Abschlusserklärung heißt es: „Die Post-2015-Agenda wird starker lokaler *ownership* und einer effizienten Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Regierungsebenen und lokalen Stakeholdern bedürfen.“ Keine Selbstverständlichkeit, auch nicht in einem föderalen System wie der Bundesrepublik Deutschland. So kritisierte etwa Dr. Simone Höcke-Häfner, Leiterin des Referats Entwicklungszusammenarbeit im Staatsministerium Baden-Württemberg, auf dem Bonn Symposium, dass das BMZ sich im Zuge der Diskussionen um die Post-2015-Agenda bislang nicht bei den Bundesländern gemeldet habe. Auch darüber hinaus werde die Entwicklungspolitik der Länder vom Bund vernachlässigt. Das sei schade, da wertvolle Kompetenzen, etwa im Bereich der Bildung (in Deutschland Ländersache), ungenutzt blieben.

### Partnerschaften nutzen

Viele Bundesländer, wie auch Städte und Kommunen, können bestehende Partnerschaften nutzen, um die Entwicklungsagenda voranzutreiben. Galten die MDGs noch als Agenda des Nordens für den Süden, sollen die SDGs weniger auf klassische Entwicklungszusammenarbeit als auf Partnerschaften und



Bonn Symposium 2014: Podiumsdiskussion mit Simone Höcke-Häfner, Léopold Bafutwabo und Moderator Patrick Leusch (v.l.n.r)

den neuen Entwicklungspolitischen Leitlinien diesen Schritt bereits gegangen: Die Nachhaltigkeits- und die Entwicklungsagenda seien zusammengeführt und würden gemeinsam gedacht, erläuterte Staatssekretär Guido Beermann beim Gespräch des sef: Beirats mit Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses am 15. Mai 2014. Sef: Beiratsmitglied Dr. Maja Göpel lobte denn auch diesen Vorstoß Berlins, der bereits im Geiste der künftigen Ziele nachhaltiger Entwicklung gehalten sei. Es seien aber nicht die Ziele und Prinzipien, die ihr Sorge bereiteten, sondern deren Umsetzung. Blockaden seien u.a. ein zu starkes disziplinäres Denken und die Diktatur der Kurzfristigkeit. Gerade der letzte Punkt fand in unterschiedlichen Veranstaltungen immer wieder Erwähnung. So drängen aktuelle Nachrichten Themen der Nachhaltigkeit

Austausch setzen. Die Teilnehmer des Bonn Symposiums waren sich jedenfalls einig: „Bei Post-2015 geht es um Transformation und gegenseitiges Lernen zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden.“ Partnerschaften müssten jedoch zum Teil neu aufgesetzt werden. So bemängelten Charles Patsika von UCLG und Emmanuel Kwadwo Agyekum, Ghanas stellvertretender Minister für lokale Regierungsführung und ländliche Entwicklung, dass Partnerschaften in der Regel mit den Hauptstädten des globalen Südens eingegangen würden. Dieses „Überangebot“ führe zu einem gewissen Desinteresse dort, wohingegen Städte und Bürger jenseits der Zentren vom Austausch weitgehend ausgeschlossen seien. „Die Eliten brauchen kein Knowhow aus dem Norden, der einfache Bürger in den ländlichen Gebieten kann aber davon profitieren“, so Agyekum. Für ihn sollte „knowledge sharing, not money“ künftige Partnerschaften im Rahmen einer neuen universellen Entwicklungsagenda leiten. Davon profitieren auch die deutschen Partner. So lernt Köln gerade im Rahmen einer Klimapartnerschaft mit Rio de Janeiro die Entwicklung von geeigneten Indikatoren. Für den Austausch ist aber weiteres Capacity Building unerlässlich: So scheitere kommunales Engagement über die Grenzen hinaus auch an mangelnden interkulturellen und sprachlichen Kompetenzen des Verwaltungspersonals und der lokalen Mandatsträger, war während des Bonn Symposiums von verschiedenen Teilnehmern zu hören. Das sich dies ändert, dazu möchte die sef: auch künftig mit ihren Veranstaltungen beitragen.

## Konsultationen für eine inklusive Post-2015-Agenda. Das Beispiel Tansania

**Interview mit Dr. Tausi Kida**  
**Programmdirektorin bei der Economic and Social Research Foundation, Dar es Salaam**

**Frau Kida, Tansania hat sich international dazu verpflichtet, seine Konsultationen in Vorbereitung für eine Post-2015-Entwicklungsagenda integrativ und partizipativ durchzuführen. Auf welche Art und Weise wurde das gemacht?**

Die Regierung von Tansania war und ist sehr engagiert in den Verhandlungen hin zu einer Post-2015-Agenda. Die Organisation, für die ich arbeite, hat bei den internen Konsultationsprozessen eine wichtige Rolle gespielt. Wir haben diese im Jahr 2012 begonnen. Unser Hauptziel war es herauszufinden, welche Inhalte die Bürger von Tansania in einer neuen Entwicklungsagenda sehen wollen. Wir haben dafür auf verschiedenen Ebenen gearbeitet. Auf der lokalen Ebene teilten wir das Land in sieben Zonen, in denen Konsultationen stattfanden. Ange-

## Global Governance Spotlight 3|2014

**Höhere Wertschöpfung bei natürlichen Ressourcen. Eine Herausforderung auf mehreren Ebenen**

*Antonio M.A. Pedro*



Viele Entwicklungsländer haben mit dem „Paradox des Überflusses“ zu kämpfen: Sie verfügen über große Mengen an natürlichen Ressourcen, sind jedoch nicht in der Lage, diese für einen angemessenen Wohlstand, breit angelegte Entwicklung und rohstoffbasierte Industrialisierung zu nutzen. In Ausgabe 3|2014 der Publikationsreihe Global Governance Spotlight beschreibt Antonio M.A. Pedro das Spannungsverhältnis zwischen den Interessen der heimischen Wirtschaft und der Profitorientierung von Investoren und stellt ganz unterschiedliche Versuche dar, damit umzugehen. Vor allem beleuchtet der Autor das indonesische Exportverbot für Rohstoffe und die Forderungen der Africa Mining Vision (AMV) der Afrikanischen Union. Regionalen und globalen Organisationen, insbesondere der EU, rät der Autor diese Bemühungen zu unterstützen.



hört wurden Praktiker und Entwicklungsexperten, Vertreter verschiedener schutzbedürftigen Gruppen wie Frauen oder Kinder, aber auch Personen aus der

Wissenschaft und der Privatwirtschaft. Wir haben zudem auch eine große nationale Konferenz durchgeführt. Auf der Basis der Konsultationen wurde ein Synthesebericht publiziert, der darüber informiert, was die Tansanier von einer künftigen Agenda erwarten. Insgesamt wurden von den Bürgern vor allem elf Bereiche als besonders wichtig identifiziert.(...)

**Was geschah danach?**

Dieses Jahr haben wir weitere Konsultationen durchgeführt. Wir wollten wissen, wie die vorgeschlagenen Ziele am besten auf lokaler Ebene umzusetzen sein werden. Dazu haben wir auf Sansibar Anhörungen mit Regierungsangestellten auf der einen und Mitgliedern der Zivilgesellschaft auf der anderen Seite gestartet. Schließlich haben wir zu dem Themenkomplex auch wieder eine nationale Konferenz abgehalten. Wir haben sehr engagiert diskutiert, wie die Agenda nach 2015 am besten auf kommunaler Ebene umgesetzt werden kann. Auch nach diesen Konsultationen haben wir wieder einen Synthesebericht veröffentlicht. In ihm kann man nachlesen, welche Maßnahmen in welchen Bereichen besonders wichtig für eine erfolgreiche Implementierung sein werden. Dazu zählen Fragen der guten Regierungsführung, enge Verknüpfungen zwischen den lokalen und der nationalen Regierung und auch Ressourcenausstattung und Capacity Building wurden als Schlüsselbereiche identifiziert.

In einem anderen Projekt untersuchen wir gerade, was Bürger und Praktiker auf der lokalen Ebene von den 17 vorgeschlagenen Nachhaltigen Entwicklungs-

zielen (SDGs) der offenen Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen halten. Generell werden diese von den Tansaniern als sehr umfassend beurteilt und positiv aufgenommen. Die wichtigsten Themen, so wurde vielfach gesagt, seien im Entwurf enthalten. Allerdings sehen die Befragten in der thematischen Breite auch eine gewisse Gefahr hinsichtlich der notwendigen Finanzierung und Überwachung. Tatsächlich gibt es daher unterschiedliche Bewertungen: Manche möchten die Ambitionen lieber reduziert sehen, während andere die Herausforderung gerne annehmen wollen.

**Und was denken Sie persönlich?**

Ich glaube eine Post-2015-Agenda sollte so umfassend wie möglich aufgestellt sein. Manches wird 2030 ganz erreicht, anderes nur zum Teil verwirklicht sein. Aber zumindest sind die Dinge dann schon in Gang gesetzt.

**Wie sollten die nächsten Schritte aussehen?**

Zunächst müssen wir die noch unerledigten Millenniumsziele erreichen. Dafür ist es nötig, Armut auch künftig ins Zentrum einer neuen Agenda zu rücken. Ich freue mich, dass das in den vorgeschlagenen SDGs auch so ist. Ein weiteres wichtiges Thema, das wir angehen sollten, ist die wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Dazu zählen Fragen der Beschäftigung, integrativen Wachstums oder auch nachhaltiger Energie. All das ist im Entwurf ebenfalls gut artikuliert. (...) Und der dritte Block ist das Thema Umweltschutz. Dazu gibt es derzeit sieben Ziele, was ich sehr gut finde.

**Foreign Voices 1|2014**

**Putting Peace at the Core of the Post-2015 Agenda. The g7+ strategy**

*Helder da Costa / Sifa Hage*

Rund ein Drittel der Weltbevölkerung lebt heute in fragilen Staaten. Nach einem Szenario der Brookings Institution werden 2018 bereits die Hälfte, 2030 sogar zwei Drittel aller Menschen in fragilen Staaten leben. Dies hat dramatische Auswirkungen auf die Armutsbekämpfung und die Förderung menschlicher Entwicklung in diesen Ländern. Helder da Costa und Sifa Hage fordern deshalb in den Foreign Voices 1|2014, Frieden und Sicherheit ins Zentrum einer Post-2015-Agenda zu stellen.



**Foreign Voices 2|2014**

**Extractive Governance in Africa. Policy lessons and shifting agenda**

*Ola Bello*

In den vergangenen Jahren haben sich viele afrikanische Staaten und ihre unterschiedlichen Zusammenschlüsse auf den Weg gemacht, ihre Rohstoff-Governance zu verbessern. Ein nötiger Schritt auf dem Weg zu einem breitenwirksamen und nachhaltigen Wachstum. Die Vielzahl der Initiativen dürfe jedoch nicht zu Doppelungen oder Fragmentierung führen, meint Dr. Ola Bello, und setzt sich in der Ausgabe 2|2014 der Foreign Voices für eine kritische Analyse der neu entstandenen Foren ein.



## Programmbereich Menschliche Sicherheit und internationale Verantwortung im Zeichen des Klimawandels

### Rohstoff-Governance: Alte Herausforderungen – neue Initiativen

Zahlreiche Länder Afrikas gelten als ressourcenreich. Wirkte sich dies lange Zeit oft negativ auf Entwicklung und menschliche Sicherheit aus, rückten in den letzten Jahren die Chancen guten Ressourcenmanagements durch stetig steigende Rohstoffpreise an den Weltmärkten wieder verstärkt in den Blickpunkt. Deshalb standen bei den Potsdamer Frühjahrsgesprächen 2014 Fragen nach Lizenzen und Abbauverträgen, Transparenz und Good Financial Governance ganz oben auf der Diskussionsagenda.

#### Vernünftige Verträge

Um das Potenzial ihres Rohstoffreichtums künftig besser auszuschöpfen, werden die afrikanischen Staaten von regionalen und kontinentalen Organisationen und Einrichtungen beraten und unterstützt. Schon 2009 publizierte die Afrikanische Union



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2014: Joseph Hirya

mit der *Africa Mining Vision* (AMV) Leitlinien für eine „transparente, gerechte und optimale Nutzung der Ressourcen“. Mit dieser sollte es gelingen, eine ressourcenbasierte Industrialisierung voranzutreiben und die eigene Wirtschaft stärker zu diversifizieren. Besondere Bedeutung dafür sieht das Papier in einer verbesserten Governance der Staaten und im

Aufbau leistungsfähiger und robuster Institutionen. Dafür muss jedoch auch die Basis stimmen. Bis heute herrscht zwischen der Mineralindustrie und den Staaten eine ungleiche Beziehung, die schon mit der Unterzeichnung von Abbaukonzessionen ihren Lauf nimmt. Werden die Unternehmen in der Regel von einer Heerschaar geschulter Anwälte beraten, können die Regierungsvertreter nicht auf solche kostenintensive Unterstützung zurückgreifen. In dem Bewusstsein, keinen fairen Anteil aus den eigenen Bodenschätzen zu ziehen, drängen sie nun auf eine Neuverhandlung alter, oft für Jahrzehnte geschlossener Verträge. Dabei können sie sich Unterstützung bei Einrichtungen wie der *African Legal Support Facility* (ALSF) der Afrikanischen Entwicklungsbank holen. Seit ihrer Gründung 2010 hat diese 26 Projekte in unterschiedlichen Ländern durchgeführt. „Die eigentliche Geschichte beginnt aber nach der Unterzeichnung des Abkommens“, so Myriam Carius von der ALSF, die sich vor allem für eine Überwachung der Umsetzung stark macht.

#### Herausforderung Rechnungskontrolle

Damit neue Gewinne einer breiten Bevölkerungsmehrheit zu Gute kommen, braucht es auch eine schlagkräftige und transparente öffentliche Finanzkontrolle. Eine wichtige Rolle können und sollen in diesem Zusammenhang die nationalen Rechnungskontrollbehörden einnehmen – sie sichern die transparente und verantwortungsvolle Nutzung öffentlicher Gelder. Keine leichte Aufgabe: Viele stehen vor großen technischen und institutionellen Herausforderungen, wie Joseph Hirya von der afrikanischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (AFROSAI) während der Potsdamer Frühjahrsgespräche zu berichten wusste. Die Sicherung der erforderlichen Unabhängigkeit, die Bereitstellung der notwendigen Haushaltsmittel, eine Verbesserung der Arbeitsabläufe und Schulungen der Mitarbeiter seien dabei nur einige der Baustellen, auf denen zu arbeiten sei.

#### Steuerverwaltung stärken

Bessere Verträge und Audits sollten sinnvollerweise ergänzt werden durch Maßnahmen zur Stärkung von Steuereinnahmen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt sind diese in vielen afrikanischen Staaten noch sehr niedrig. Regierungen können sich seit einigen Jahren aber vom *African Tax Administration Forum* (ATAF) unterstützen lassen, um die Leistungsfähigkeit ihrer Steuerverwaltungen zu verbessern. Eine wichtige Rolle spielt für ATAF auch der Kampf gegen interne Verrechnungspreise für grenzüberschreitende Güter und Dienstleistungen innerhalb eines Konzerns. Staaten rund um den Globus sind

damit überfordert, Transferpreise für standardisierte Produkte zu überwachen – aber gerade ärmere Länder mit weniger leistungsfähigen Steuer- und Aufsichtsbehörden haben mit der Kontrolle großer Unternehmen Probleme. Es sei daher sehr bedauerlich, dass mit Ausnahme von Südafrika die Stimmen afrikanischer Staaten in entsprechenden Diskussionen in der OECD bislang nicht gehört werden, klagte Logan Wort, Geschäftsführer von ATAF während der Frühjahrsgespräche.

### Gemeinsame Verantwortung Transparenz

Ein weiteres Problem stellen illegale Finanzströme, generiert etwa durch kriminelle Aktivitäten, Schmutzgel, Korruption und Bestechung, dar. Nach einigen Schätzungen sind diese etwa doppelt so hoch wie die offizielle Entwicklungshilfe (ODA). Um illegale Finanzströme und Steuervermeidung zu verhindern, ist Transparenz oberstes Gebot. Nationale Lösungen reichen dafür nicht aus, und so wird seit einigen Jahren an weltweiten Standards gearbeitet. Als Durchbruch galt im Jahr 2010 die Verabschiedung des *Dodd-Frank Acts* durch den US-Kongress, der alle börsennotierten US-Gas-, Öl- und Bergbauunternehmen verpflichtet, ihre Zahlungen an staatliche Stellen offen zu legen. Die Europäische Union verfolgte mit ihrer Bilanzierungs- und Transparenzrichtlinie im

Juni 2013 ähnliche Ziele. Für Ola Bello, Programmleiter „Governance der Ressourcen-Programme in Afrika“ am südafrikanischen Institut für Internationale Angelegenheiten, könnte mehr Wille zu Transparenz für westliche Unternehmen auch eine neue Chance sein: So hätten die einst dominierenden westlichen Rohstoffunternehmen in den letzten Jahren viel Boden an Firmen aus Ländern wie China verloren, den sie durch eine stärkere Führungsrolle in Transparenzfragen wieder gut machen könnten.

### Erwartungsmanagement

Neben solch strukturellen und politischen Herausforderungen sorgen sich afrikanische Regierungen zunehmend auch wegen der steigenden Erwartungshaltung der eigenen Bevölkerung: Angesichts immer neuer Rohstoff-Funde und hoher Weltmarktpreise breitet sich bei den Menschen Ungeduld aus, ihre Lebenssituation solle sich doch rasch verbessern. Der Aufbau von Institutionen und Kapazitäten benötigt aber oft Jahre und Jahrzehnte, ehe er Früchte trägt. Im schlimmsten Fall kann diese neue Erwartungshaltung zu Bruchlinien in der Gesellschaft führen und damit Spannungen und Konflikte zwischen Interessengruppen verstärken oder neu hervorbringen, wurde in Potsdam gewarnt.

## Heimische Ressourcen für eigene Entwicklung mobilisieren

**Interview mit Logan Wort  
Executive Secretary, African Tax Administration  
Forum (ATAF), Pretoria**

**Herr Wort, Sie sind der Generalsekretär des African Tax Administration Forum (ATAF). Bitte stellen Sie kurz die Aufgaben und Ziele der Organisation vor.**



ATAF wurde 2009 ins Leben gerufen, um höhere Staatseinnahmen in den afrikanischen Ländern zu erzielen. Die Idee ist, durch eine Stärkung der Finanzverwaltungen deren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung der Länder zu erhöhen. Ein umfassendes Konzept zur Mobilisierung von inländischen Ressourcen und Einnahmen ist wichtig, wenn Afrika darauf abzielt, seine eigene Entwicklung zu finanzieren. Konkret möchte ATAF den Anteil der Steuern am Bruttoinlandprodukt (BIP) erhöhen. Das passiert bereits: Trugen Steuern in Afrika vor 10

Jahren noch durchschnittlich 18 Prozent zum BIP bei, liegt diese Zahl inzwischen bei rund 26 Prozent. Aber die Zahlen schwanken; Im Jahr 2010 hatten wir sogar schon mal einen Wert von 31 Prozent.(...)

### Welcher Maßnahmen bedient sich ATAF dabei?

Wir führen eine Reihe von Schulungen durch, bieten technische Hilfe, unterhalten eigene Forschungs- und Entwicklungsprogramme und unterstützen die Steuerverwaltungen in Führungs- und Managementwesen. Am wichtigsten ist aber der Austausch von Best Practice (...). Wir müssen Erfahrungen mit Vertragsgestaltung und Ressourcenbesteuerung teilen, um besser zu verstehen wie man nachhaltig mehr eigene Einnahmen erzielen und sichern kann. Das war auch das Hauptthema auf der internationalen Konferenz von ATAF in Simbabwe letztes Jahr. Dort haben 27 unserer Mitgliedsländer ihre Erfahrungen in der Ressourcenbesteuerung ausgetauscht. Es ist ja Tatsache, dass die Verträge zwischen Politik und Privatwirtschaft oft einer kritischen Ergebnisprüfung durch Steuerexperten nicht standhalten. In der Vergangenheit wurden eine Menge von krankmachenden Anreizen unterzeichnete. Wir organisieren auch sogenannte *communities of practice*, in denen sich viele Akteure rund um Bereiche der mineralgewinnenden Industrie, also beispielsweise Öl oder Bergbau, austauschen können. Wir haben zudem auch andere Mechanismen, wie ein Abkommen

über gegenseitige Amtshilfe für die afrikanischen Länder, etabliert. In diesem Rahmen können die Unterzeichnerstaaten Einsicht in die tatsächlichen Steuerinformationen von multinationalen Unternehmen nehmen. Außerdem sollen Finanzbehörden aus verschiedenen Ländern Steuerbeamte austauschen können, die an speziellen, länderübergreifend relevanten Fällen arbeiten.

### Arbeitet ATAF dabei auch mit den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften zusammen?

Wir arbeiten seit etwa zwei bis drei Jahren mit den regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (*Regional Economic Communities*, RECs) zusammen, um etwa eine gewisse Harmonisierung in Doppelbesteuerungsabkommen hinzubekommen oder unausgeglichene Steuerabkommen neu zu verhandeln. ATAF ist in diesem Bereich aber das so genannte *new kid on the block*. Anders als die RECs sind wir auch nicht an politische Prinzipien oder Abmachungen gebunden. Das macht uns schneller und verbessert die Reaktionsfähigkeit (...). Wir benötigen keinen langwierigen offiziellen Prozess auf ministerieller oder präsidentieller Ebene, um unsere Forschung und Maßnahmen voranzutreiben. So kann die Aushandlung eines Doppelbesteuerungsabkommens innerhalb einer regionalen Wirtschaftsgemeinschaft schon mal 3 bis 5 Jahre dauern. ATAF hat in nur zwei Tagen ein Amtshilfeabkommen unter 24 Staaten verhandelt.

Am engsten ist die Zusammenarbeit von ATAF derzeit mit der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (*Southern African Development Community*, SADC). Das liegt wohl auch daran, dass wir mit unserem Hauptquartier in Pretoria geographisch näher dran sind. Wir haben aber auch eine gute Beziehung mit der Ostafrikanischen Gemeinschaft (*East African Community*, EAC), sicher eine der besser arbeitenden RECs. Nicht nur im Steuerbereich, sondern auch in Zollfragen und anderen wirtschaftlichen Aktivitäten. Derzeit entwickeln ATAF und EAC gemeinsam ein Online-Programm zur Verhandlung von Steuergesetzen. Wir beginnen aber auch mit der Westafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (*Economic Community Of West African States*, ECOWAS) zu arbeiten. Nigeria ist ein starkes Mitglied bei ATAF und hat es uns ermöglicht, hinsichtlich Fragen wie etwa *transfer pricing* mit ECOWAS zu arbeiten. Und schließlich bieten wir auch der Organisation der Islamischen Staaten (*Association of Islamic States*), als starkem Partner in Nordafrika, Beratungsleistungen.

Das wichtigste bei alledem ist, dass die afrikanischen Staaten ihre eigenen Einnahmen verbessern. Vor allem da der Anteil Afrikas an der Weltwirtschaft in den letzten zehn Jahren kontinuierlich gewachsen ist und dies die nächsten zehn Jahre wohl auch noch wird. 40 Prozent aller neuen Funde natürlicher Ressourcen in den kommenden 25 Jahren werden in Afrika gemacht werden. Sind wir dafür bereit? Das ist es, was uns bei ATAF kümmert.

## Foreign Voices 3|2014

### Natural Resource Governance. Overhauling EU-Africa cooperation

Ola Bello



Der afrikanische Rohstoffsektor unterliegt einem schnellen Wandel. Einst dominierende westliche Rohstoffunternehmen verlieren gegenüber ihren Konkurrenten aus Schwellenländern an Boden. In der Ausgabe 3|2014 der Foreign Voices Serie empfiehlt der Autor, Dr. Ola Bello, der EU und der OECD durch die Etablierung schärferer Standards ihre Unternehmen von denen der aufstrebenden Mächte abzugrenzen und so wieder wettbewerbsfähiger zu machen.

## Foreign Voices 4|2014

### Good Resource Governance in Nigeria. Which path to take?

Orji Ogbonnaya Orji



Obschon allgemein angenommen wird, dass Afrika über ausreichend natürliche Ressourcen verfügt, um die soziale und wirtschaftliche Entwicklung seiner Staaten voranzutreiben, ist eine Transformation der Volkswirtschaften bis heute weitgehend ausgeblieben. In der Ausgabe 4|2014 der Foreign Voices legt der Autor Dr. Orji Ogbonnaya Orji anhand zahlreicher Beispiele aus Nigeria dar, welche ganz unterschiedlichen Pfade bereits genommen wurden, um dem „Fluch der Ressourcen“ zu entkommen und wo er aktuell das größte Potenzial für Veränderungen sieht.

**: sef: Intern**

## Neue sef: Langfristplanung 2015-2020

Die Welt verändert sich im 21. Jahrhundert mit immer höherer Geschwindigkeit. Grenzüberschreitende Problemlagen nehmen zu, Lösungsmuster und Kooperationsstrukturen, die vor wenigen Jahren noch vielversprechend schienen, bleiben zunehmend ohne Ergebnisse. Veränderte Machtverhältnisse bringen neue Akteure mit unterschiedlichen Interessen ins Spiel. Mit ihrer neuen Langfristplanung für die Jahre 2015-2020 möchte die Stiftung Entwicklung und Frieden dazu beitragen, die Auswirkungen dieser Veränderungen auf die normativen Grundlagen globalen Regierens zu analysieren und zu diskutieren. Inhaltlich wird die sef: ihre Aktivitäten auf die Übertragung universeller Entwicklungsziele auf die regionale, nationale und lokale Ebene sowie auf die Wahrnehmung der internationalen Verantwortung in Krisen und Konflikten weltweit ausrichten. In der konkreten Umsetzung gliedert sich das Arbeitsprogramm der sef: künftig in drei Programmbereiche:

### A. Normative Herausforderungen für Global Governance

Im ersten Programmschwerpunkt werden themen- und ebenenübergreifend normative Herausforderungen des politischen Agierens im globalen Zusammenhang diskutiert. Ein wesentliches Augenmerk gilt dabei der Ablehnung „westlich“ geprägter Normen durch neue und aufsteigende Groß- und Mittelmächte. Es wird danach gefragt, welche Normen neu definiert werden müssen, wie dies geschehen kann und welchen spezifischen Beitrag Deutschland und Europa dazu leisten können. In diesem Zusammenhang interessieren auch die Erosionsprozesse innerhalb bestehender internationaler Zusammenschlüsse sowie die Herausbildung neuer Allianzen, auch mit nichtstaatlichen Akteuren. Weitere Schwerpunkte liegen auf Fragen der Normumsetzung, der Legitimität politischer Entscheidungen auf globaler Ebene und der Rolle nationaler und regionaler Parlamente. Die hier erarbeiteten Erkenntnisse dienen auch als konzeptionelle Grundlage für Projekte in den beiden anderen Programmbereichen.

### B. Universelle Entwicklungsziele – Regionale und lokale Umsetzung

Vor dem Hintergrund der künftigen Post-2015-Agenda befasst sich dieser Programmbereich mit den Anforderungen an eine zukunftsgerechte nachhaltige Entwicklung auf der substaatlichen Ebene und deren Relevanz für das friedliche Zusammenleben der Menschheit. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie die international vereinbarten universellen Entwicklungsziele für den regionalen und lokalen Kontext aufbereitet werden können. Dabei zielt der Programmbereich v.a. auf den transnationalen Austausch über gemeinsame Herausforderungen und Lösungsansätze – also darauf globale Lerngemein-

schaften auf substaatlicher Ebene zu befördern. Ein wesentliches Augenmerk liegt darüber hinaus auf den Wechselwirkungen zwischen regionalen und lokalen Erfahrungen sowie globalen Handlungswelten, auch im Hinblick auf das Subsidiaritätsprinzip.

### C. Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Die Welt befindet sich in einer Phase brutaler kriegerischer Auseinandersetzungen, deren Folgen für das Agieren im globalen Zusammenhang noch nicht abschätzbar sind und die sich auch dadurch auszeichnen, dass der internationale Gemeinschaft scheinbar oft nur die Rolle des Zuschauers bleibt. Hinzu kommen Ereignisse wie die Ebola-Krise, die die lokale wie internationale Sicherheit ebenfalls massiv gefährden. Der Programmschwerpunkt setzt sich mit der internationalen Verantwortung sowie den Handlungsoptionen der internationalen Gemeinschaft in diesen Situationen auseinander. So ist etwa zu fragen, was von der vieldiskutierten Schutzverantwortung geblieben ist und wie die internationale Gemeinschaft mit den Flüchtlingsströmen umgeht. Ebenso interessieren die strukturellen Ursachen staatlicher und regionaler Erosionsprozesse und die Frage, wie sich die mögliche neue Eiszeit in den internationalen Beziehungen auf die europäische und internationale Friedensordnung auswirkt.

Den bestehenden regionalen Schwerpunkt auf den afrikanischen Kontinent wird die sef: auch künftig beibehalten.

## Global Governance Spotlight 4|2014

### Autonome Waffensysteme. Humanisierung oder Entmenschlichung des Krieges?

Frank Sauer

Der Einsatz und die Potenziale von Drohnen werden derzeit intensiv diskutiert. Doch jenseits der breiteren Öffentlichkeit wird längst weiter gedacht. Autonome Waffensysteme – von ihren Gegnern auch „Killer Robots“ genannt – gelten als die Repräsentanten eines kommenden Paradigmenwechsels in der Kriegsführung. Über den Einsatz von (tödlicher) Waffengewalt sollen sie ohne menschliches Zutun entscheiden können. Noch existieren sie nur in Form von Vorläufern, doch an ihrer Entwicklung wird auf Hochtouren gearbeitet.

Lesen Sie mehr darüber im Global Governance Spotlight 4|2014 von Frank Sauer, Bundeswehr-Universität München.



## Finanzbericht

### Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2014

	31.12.2014		31.12.2013	
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>I. Erträge</b>				
Erlöse (Verlagshonorare, Lizenzen, Buchverkauf)		1.631,57		2.923,90
Erträge Finanzanlagen (abzgl. Stückzinsen Vorjahr)		215.658,65		236.425,37
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		24.946,67		23.253,12
Zinsen Girokonten und liquide Mittel (Festgeld)	360,24		372,69	
Buchgewinne aus Abgängen Finanz-und Sachanlagen	0,00		0,00	
Versicherungsentschädigung	5.871,04		4.744,31	
Sonstige Erträge (Bestandsvergütung, Aufl. von Rückst., ...)	18.715,39		18.136,12	
Zuwendungen		205.977,60		197.117,30
Personalkostenzuschuss Land NRW	151.200,00		151.200,00	
Projektzuschüsse aufgewendet	54.777,60		45.917,30	
Spenden	0,00		0,00	
<b>Summe Erträge</b>		<b>448.214,49</b>		<b>459.719,69</b>
<b>II. Aufwendungen</b>				
Projekte		-127.995,49		-120.238,79
Veröffentlichungen	-26.641,40		-9.589,95	
Veranstaltungen	-95.357,14		-101.942,67	
Website und Öffentlichkeitsarbeit	-5.486,62		-7.465,94	
Sonstige Projektkosten	-510,33		-1.240,23	
Personalaufwand		-273.345,57		-254.431,33
Löhne und Gehälter	-216.799,12		-202.152,76	
Soziale Abgaben und Aufw. zur Altersversorgung	-56.546,45		-52.278,57	
Honorare Projektmitarbeiter	0,00		0,00	
Abschreibungen		-1.856,85		-2.988,90
Sonstige betriebliche Aufwendungen		-49.798,29		-46.882,75
Miete inkl. NK, Reinigung, Reparaturen	-18.765,25		-17.602,30	
Versicherungen und Beiträge	-1.626,73		-1.608,45	
EDV (Beratung, Betreuung)	-3.594,70		-3.144,59	
Leasing, Miete und Wartung Geräte	-3.389,01		-3.563,44	
Telefon und Internet Standleitung	-960,20		-972,25	
Buchführung, StB, Abschluss- und Prüfungskosten	-7.720,10		-7.467,07	
Betriebskosten (Bürobedarf, Porto, Bank, RK GF, ...)	-6.714,35		-6.846,79	
Gremien	-7.027,95		-5.677,86	
Verluste aus Abgang Anlagevermögen		0,00		-4,00
<b>Summe Aufwendungen</b>		<b>-452.996,20</b>		<b>-424.545,77</b>
<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>		<b>-4.781,71</b>		<b>35.173,92</b>
Einstellung in/Entnahme aus der Rücklage gem. § 58 Nr. 7a AO		4.781,71		-35.173,92
<b>Bilanzgewinn/-verlust</b>		<b>0,00</b>		<b>0,00</b>



**: Anhang**

## Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2014

### Veranstaltungen 2014

#### Workshop für Experten der Bundesländer

Thema: Fachtagung: Europäisches Jahr der Entwicklung 2015 – Die Perspektive der Länder  
 Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik  
 Ort/Termin: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Potsdam  
 20.-21. Februar 2014  
 Förderung: Land Brandenburg

#### Potsdamer Frühjahrsgespräche 2014

Thema: Natural Resource Governance in Africa. How to Benefit from Regional Integration  
 Programmbereich: Menschliche Sicherheit und internationale Verantwortung im Zeichen des Klimawandels  
 Ort/Termin: Hotel Voltaire, Potsdam, 07.-08. Mai 2014  
 Kooperation: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Eschborn/Bonn und Zeitschrift WeltTrends, Potsdam  
 Förderung: Empfang durch das Land Brandenburg

#### Der sef: Beirat im Gespräch mit Mitgliedern des Berliner Abgeordnetenhauses

Thema: Globale Ziele nachhaltiger Entwicklung: Was bedeuten sie für Berlin?  
 Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik  
 Ort/Termin: Berliner Rathaus, 15. Mai 2014  
 Förderung: Räumlichkeiten und Empfang durch das Land Berlin

#### Berliner Sommerdialog 2014

Thema: Global Governance: Ein Modell der Vergangenheit mit Zukunft?  
 Politik und Wissenschaft im Dialog  
 Programmbereich: Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand  
 Ort/Termin: Berliner Rathaus, 25.-26. Juni 2014  
 Kooperation: Käte Hamburger Kolleg (KHK/GCR21), Duisburg-Essen  
 Förderung: Räumlichkeiten durch das Land Berlin

#### 5. Käte Hamburger Dialogue

Thema: The Evolution of the G20 from Hub Forum to Global Focal Point  
 Programmbereich: Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand  
 Ort/Termin: Berliner Rathaus, 25.-26. Juni 2014  
 Veranstalter: Käte Hamburger Kolleg (KHK/GCR21) und Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)

#### International sef: Expert Workshop 2014

Thema: New Alliances for Global Public Goods?  
 What emerging powers expect of Germany and the EU  
 Programmbereich: Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand  
 Ort/Termin: Haus der EKD Berlin, 09-10 September 2014  
 Kooperation: Käte Hamburger Kolleg (KHK/GCR21), Duisburg-Essen

#### sef: Policy Briefing

Thema: „Universal Goals – Innovative Financing?“  
 The EU's contribution to the funding of a future global sustainable development agenda  
 Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik  
 Ort/Termin: NRW-Landesvertretung in Brüssel, 07. Oktober 2014  
 Förderung: Tagungsräumlichkeiten durch das Land Nordrhein-Westfalen

#### Bonn Symposium 2014

Thema: Lokales Engagement für Entwicklung.  
 Chancen einer Post-2015-Agenda  
 Programmbereich: Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik  
 Ort/Termin: Deutsche Welle, Bonn, 26.-27. November 2014  
 Kooperation: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), Engagement Global gGMBH  
 Förderung: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ); Deutsche Welle; Empfang durch die Stadt Bonn; Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn

**Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2014**

**Global Governance Spotlight 1|2014, März**

**Titel:** Das Bali-Paket der WTO. Kehrt der Handelsmultilateralismus zurück?  
**Programmbereich:** Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik  
**Autorin:** Noemi Gal-Or

**Global Governance Spotlight 2|2014, März**

**Titel:** EU-11 als globale Avantgarde? Die Verhandlungen um eine Finanztransaktionssteuer  
**Programmbereich:** Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand  
**Autor:** Hubert Zimmermann

**Global Governance Spotlight 3|2014, Mai**

**Titel:** Höhere Wertschöpfung bei natürlichen Ressourcen.  
 Eine Herausforderung auf mehreren Ebenen  
**Programmbereich:** Menschliche Sicherheit und internationale Verantwortung im Zeichen des Klimawandels  
**Autor:** Antonio M.A. Pedro

**Global Governance Spotlight 4|2014, Juni**

**Titel:** Autonome Waffensysteme. Humanisierung oder Entmenschlichung des Krieges?  
**Programmbereich:** Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand  
**Autor:** Frank Sauer

**Global Governance Spotlight 5|2014, September**

**Titel:** Die Privatwirtschaft in den Post-2015-Verhandlungen.  
 Plädoyer für eine stärkere Betonung der menschenrechtlichen Verantwortung  
**Programmbereich:** Welt im Wandel – Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik  
**Autorin:** Brigitte Hamm

**Global Governance Spotlight 6|2014, Oktober**

**Titel:** Internet Governance und Privatsphärenschutz.  
 Wohin geht der Weg?  
**Programmbereich:** Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand  
**Autor:** Rolf H. Weber

**Global Governance Spotlight 7|2014, Oktober**

**Titel:** Die Shanghai Cooperation Organisation.  
 Regionale Aufgaben mit geopolitischer Bedeutung?  
**Programmbereich:** Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand  
**Autorin:** Nadine Godehardt

**Foreign Voices 1|2014, Januar**

**Titel:** Putting Peace at the Core of the Post-2015 Agenda.  
 The g7+ strategy  
**Programmbereich:** Menschliche Sicherheit und internationale Verantwortung im Zeichen des Klimawandels  
**Autoren:** Helder da Costa/Siafa Hage

**Foreign Voices 2|2014, April**

**Titel:** Extractive Governance in Africa. Policy lessons and shifting agenda  
**Programmbereich:** Menschliche Sicherheit und internationale Verantwortung im Zeichen des Klimawandels  
**Autor:** Dr Oladiran Bello

**Foreign Voices 3|2014, April**

**Titel:** Natural Resource Governance. Overhauling EU-Africa cooperation  
**Programmbereich:** Menschliche Sicherheit und internationale Verantwortung im Zeichen des Klimawandels  
**Autor:** Dr Oladiran Bello



Herbert Marcuse (Der einflussreiche Mensch) hat schon vor 50 Jahren die Frage gestellt: „Kann eine Gesellschaft, die außer Kontrolle ist, das private Dasein der Individuen auch nur in den eigenen vier Wänden zu schützen, reichlich beizugehen, das die das Individuum achtet und eine freie Gesellschaft.“

„In“ der Privatsphäre ist das nicht erst ein Thema seit den Vorankündigungen elektronischer Kommunikation, sondern die Nicht-Information, wie im Leben in von Einseitigkeit verfestigt hat sich seit Menschengebilden anfallig für Verdränger und Reiter geprägt, wie mehrere Menschen bereits freigelegt haben: Ist AI Beta das Schlüsselwort, lassen offen gibt“ sagt er führen oder ist er der erste Hacker der Weltgeschichte? Ist in Greta's Rumpelstilzchen der Höllestrich (und späteren Frau des Königs) das Wort: „Ach wie gut, dass niemand weiß, dass ich Rumpelstilzchen heiße!“ in erregungsbereite keine zugekommen? Dass die Vertraulichkeit von Informationen in der digitalen Welt zunehmend quantitativ viel größeren Risiken ausgesetzt ist, lässt sich aber nicht übersehen.

**Internet Governance als „neues Regulierungsfeld“**

Im Spannungsfeld zwischen Informationsfreiheit und Privatsphärenschutz hat der Gesetzgeber mit Politik-entscheidungen und Informationsflussmaßnahmen zu entscheiden. Weil sich die Informationen regelmäßig „bewegt“, müssen sich die Eingriffe des Rechts auf den Betroffenen schützen konzentrieren. Schließlich im Vordergrund steht hierbei das Prinzip „pro-privacy“

people not „glower“ (TS Supreme Court im Katz (1961), 1969), das zu einer Art „some Last aus Schwere“ führt (Martin Walter).

**Informationsfreie Selbstbestimmung**  
 Ein der sog. Informationsfreien Selbstbestimmung ist individuelle Entscheidung, die Entscheidung geht es um das persönliche Verfügungsgewalt über die Information, d.h. das Individuum will selber darüber entscheiden können, ob, wann und hinsichtlich welcher Grenzen persönliche Lebensbereiche in der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden dürfen. Das Datenschutzrecht stellt somit auf die Aspekte der Zuordnung der Information, die einem Individuum gehört, wenn und soweit sie sich auf seine Person beziehen, ab.

Das Internet hat nicht in erster Linie qualitative, sondern hauptsächlich quantitative Auswirkungen auf die Geschwindigkeit des Privatphärenschutzes erhöht. Die steigenden Informationskapazitäten von Privat- und Unternehmens sowie die erweiterten Informationsnetze Handlungsgegenständen des Staates, teilweise auch gepaart mit einer gewissen Segelhaftigkeit der Individuen bei der Offenlegung persönlicher Daten, machen einen effektiven Privatphärenschutz im Internet ausserordentlich schwierig. Der Grad der Komplexität ist wohl noch höher als erhöht, dass die Verfügbarkeit von Informationen global ist, und zwar im Gegensatz zu den traditionellen Regelwerken, die die Laizität des Souveränitätsprinzips national oder bestmögliche regional (z.B. Europäische Union) verankert sind.

**Foreign Voices 4|2014, April**

**Titel:** Good Resource Governance in Nigeria. Which path to take?  
**Programmbereich:** Menschliche Sicherheit und internationale Verantwortung im Zeichen des Klimawandels  
**Autor:** Dr Orji Ogbonnaya Orji

**Foreign Voices 5|2014, Oktober**

**Titel:** South Africa and Patchwork Governance.  
System Stabiliser or Antagonist?  
**Programmbereich:** Neue Formen des Weltregierens auf dem Prüfstand  
**Autor:** Dr. Mzukisi Qobo

**SEF/INEF News, Februar 2014**

**Titel:** Europäisches Jahr der Entwicklung 2015 –  
Welchen Beitrag können die Bundesländer leisten

**SEF/INEF News, März 2014**

**Titel:** Entwicklung durch Rohstoffe. Afrika auf dem  
Weg  
zu nachhaltiger Ressourcen-Governance

**SEF/INEF News, Mai 2014**

**Titel:** Global Governance und der Ukraine-Konflikt

**SEF/INEF News, Juli 2014**

**Titel:** Europa: Friedensprojekt am Ende?

**SEF/INEF News, September 2014**

**Titel:** Neue Koalitionen für Global Public Goods

**SEF/INEF News, November 2014**

**Titel:** Die Post-2015-Agenda. Lokalisierung vor der  
Implementierung

**Jahresbericht, April 2014**

**Titel:** Perspektiven auf Global Governance. Die sef: 2013

**Video-Interview mit Logan Wort**

**Funktion:** Executive Secretary, African Tax Administration Forum (ATAF), Pretoria  
**Veranstaltung:** Potsdamer Frühjahrsgespräche 2014

**Video-Interview mit Dr. Mzukisi Qobo**

**Titel:** G20 und Global Governance  
**Funktion:** Vize-Direktor, Centre for the Study of Governance Innovation, University of Pretoria  
**Veranstaltung:** Berliner Sommerdialog 2014

**Video-Interview mit Botschafter H H S Viswanathan**

**Titel:** BRICS und Global Governance  
**Funktion:** Distinguished Fellow, Observer Research Foundation, Neu Delhi  
**Veranstaltung:** Berliner Sommerdialog 2014

**Video-Interview mit Hon. Emmanuel Kwadwo Agyekum MP**

**Titel:** Setting up a post-2015-agenda and the role of local governance. The Ghanaian example  
**Funktion:** Stv. Minister für lokale Regierungsführung und ländliche Entwicklung, Accra  
**Veranstaltung:** Bonn Symposium 2014

**Video-Interview mit Dr. Tausi Kida**

**Titel:** Inclusive and participatory consultations for a post-2015-agenda.  
The Tanzanian example  
**Funktion:** Programmdirektorin, Economic and Social Research Foundation, Dar es Salaam  
**Veranstaltung:** Bonn Symposium 2014



## Übersicht über die Gremien 2014

Die Amtszeit des neuen Kuratoriums und des Beirats begann am 1. Januar 2014.

### sef: Kuratorium (Stand: 31. Dezember 2014)

#### Vorsitzende des Kuratoriums

Hannelore Kraft  
Ministerpräsidentin des Landes  
Nordrhein-Westfalen

#### Stellvertretende Vorsitzende

Michael Müller  
Regierender Bürgermeister von Berlin

Stanislaw Tillich  
Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Dr. Dietmar Woidke  
Ministerpräsident des Landes Brandenburg

#### Weitere Mitglieder des Kuratoriums

Guido Beermann  
Staatssekretär in der Senatsverwaltung für  
Wirtschaft, Technologie und Forschung des Landes  
Berlin

Ilka Freifrau von Boeselager MdL  
CDU-Sprecherin im Ausschuss für Europa und Eine  
Welt des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf



International sef: Expert Workshop 2014 im Haus der EKD, Berlin

Friedhelm Boginski  
Bürgermeister der Stadt Eberswalde

Gerd Deihle  
Mitglied im Vorstand Eine Welt Netz NRW e.V.,  
Düsseldorf

Bärbel Dieckmann  
Präsidentin der Welthungerhilfe, Bonn

Stefan Engstfeld MdL  
Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt des  
Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Sven Giegold MdEP  
Finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der  
Fraktion die Grünen/Europäische Freie Allianz im  
Europäischen Parlament, Brüssel

Anne Gröniger  
Geschäftsführerin  
DW-Media Services GmbH, Bonn

Beate Fernengel  
Präsidentin der IHK Potsdam

Friederike de Haas  
Ehemalige Ausländerbeauftragte des Freistaates  
Sachsen, Dresden

Renate Hendricks MdL  
Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt des  
Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Frank Herrmann MdL  
Mitglied im Innenausschuss des Landtags  
Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Uwe Holtz  
Honorarprofessor für Politische Wissenschaft  
und Senior Fellow am Zentrum für  
Entwicklungsforschung der Universität Bonn

Ulrich Kelber MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im  
Bundesministerium der Justiz und für  
Verbraucherschutz, Berlin

Dr. Friedrich Kitschelt  
Staatssekretär des Bundesministeriums für  
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,  
Berlin

Heinz-Joachim Lohmann  
Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche  
im ländlichen Raum, Evangelische Akademie zu  
Berlin

Dr. Rolf Mützenich MdB  
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender für  
die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung und  
Menschenrechte, SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Mary Kay Prinzler  
Geschäftsführerin EPIZ – Entwicklungspolitisches  
Bildungs- und Informationszentrum e.V., Berlin

Uwe Prüfer  
2. Sprecher, Verbund Entwicklungspolitischer

Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V.  
(VENROB), Potsdam

Prof. Dr. Jakob Rhyner  
Direktor am Institut für Umwelt und menschliche  
Sicherheit, Universität der Vereinten Nationen,  
Bonn

Barbara Richstein MdL  
Vorsitzende des Europaausschusses des Landtages  
Brandenburg, Potsdam

Dr. Imme Scholz  
Stellvertretende Direktorin des DIE -  
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn

Dr. Angelica Schwall-Düren  
Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa  
und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen,  
Düsseldorf und Bevollmächtigte des Landes beim  
Bund, Berlin

Heike Spielmans  
Geschäftsführerin des Verbandes Entwicklungspolitik  
deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.  
(VENRO), Berlin/Bonn

Katharina Tomoff  
Vizepräsidentin Shared Value/GoGreen  
Deutsche Post DHL, Bonn

Dr. jur. Ingo Wolf MdL  
Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt des  
Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Monika Zimmermann  
Stellvertretende Generalsekretärin von ICLEI –  
Local Governments for Sustainability, Bonn

#### **sef: Vorstand (Stand: 31. Dezember 2014)**

##### **Vorsitzende**

Karin Kortmann  
Parlamentarische Staatssekretärin a.D., Düsseldorf

##### **Stellvertretende Vorsitzende**

Dr. Gerd Harms  
Staatssekretär a.D., Borkwalde/Berlin

Prof. Dr. Robert Kappel  
Präsident Emeritus und Senior Research Fellow des  
GIGA Leibniz-Instituts für Globale und Regionale  
Studien, Hamburg

##### **Schatzmeister**

Klaus Brückner  
Leiter der GIZ-Repräsentanz Berlin

##### **Direktor des INEF**

Prof. Dr. Tobias Debiel  
Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden  
(INEF), Duisburg,  
Geschäftsführender Direktor des Käte Hamburger  
Kollegs „Politische Kulturen der Weltgesellschaft“

##### **Weiteres Mitglied**

Dr. Marianne Beisheim  
Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der  
Forschungsgruppe „Globale Fragen“, Stiftung  
Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

##### **2014 aus dem Vorstand ausgeschieden**

Nikolaus Hammes  
Bankdirektor a.D., Münster



Klaus Brückner (GIZ): Neuer Schatzmeister der sef:  
seit November 2014

#### **sef: Beirat (Stand: 31. Dezember 2014)**

##### **Vorsitzender des Beirats**

Prof. Dr. Lothar Brock  
Seniorprofessor an der Goethe-Universität Frankfurt  
Gastforscher an der Hessischen Stiftung Friedens-  
und Konfliktforschung, Frankfurt/Main

##### **Weitere Mitglieder**

Prof. Dr. Tilman Brück  
Gründer und Direktor des ISDC – International  
Security and Development Center, Berlin

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff  
Professorin für Internationale Beziehungen und  
Theorien globaler Ordnung  
Goethe Universität, Frankfurt am Main

Dr. Maja Göpel  
 Leiterin des Berlin Büros des Wuppertal Instituts für  
 Klima, Umwelt, Energie, Berlin

Adolf Kloke-Lesch  
 Assoziierter Wissenschaftler beim Deutschen Institut  
 für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Prof. Dr. Elke Krahnemann  
 Professorin für Sicherheitspolitik an der Brunel  
 University, London, und Gastforscherin an der  
 Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung  
 (HSFK) in Frankfurt am Main

Prof. Dr. Siegmund Schmidt  
 Professor für Internationale Politik und Analyse und  
 Vergleich politischer Systeme an der Universität  
 Koblenz-Landau

Prof. Dr. Ulrich Schneckener  
 Professor für Internationale Beziehungen & Friedens-  
 und Konfliktforschung, Universität Osnabrück

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas  
 Senior Fellow am Institut für Interkulturelle und  
 Internationale Studien, Universität Bremen



Der sef: Beirat im Gespräch mit Mitgliedern des Berliner  
 Abgeordnetenhauses: Michael Garmer MdB, Maja Göpel, Lothar Brock,  
 Jens Martens und Michael Schäfer MdB (v.l.n.r.)

Prof. Dr. Raimund Krämer  
 Außerplanmäßiger Professor für internationale und  
 vergleichende Politik, Universität Potsdam

Prof. Dr. Thilo Marauhn  
 Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht und  
 Europarecht, Justus-Liebig-Universität Gießen

Jens Martens  
 Geschäftsführender Vorstand  
 Global Policy Forum Europe (GPF), Bonn

Prof. Dr. Henning Melber  
 Senior Advisor und Direktor Emeritus der  
 Dag Hammarskjöld Stiftung, Uppsala

Prof. Dr. Joanna Pfaff-Czarnecka  
 Professorin für Sozialanthropologie und Direktorin  
 am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) an  
 der Universität Bielefeld

Cornelia Richter  
 Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für  
 Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Eschborn

---

## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2014

Sabine Gerhardt  
 Wissenschaftliche Referentin/Presse

Rebekka Hannes  
 Wissenschaftliche Referentin

Heike König  
 Assistentin der Geschäftsführung

Dr. Michèle Roth  
 Geschäftsführerin

Gerhard Süß-Jung  
 Finanz- und Konferenzmanager

---

## Kooperationspartner und Förderer 2014

Im Jahr 2014 kooperierte die sef: erneut mit einer  
 Vielzahl von Projektpartnern. Diese trugen sowohl  
 durch inhaltlichen Rat und die Identifizierung und  
 Vermittlung von Expertinnen und Experten als  
 auch finanziell wesentlich zum Gelingen vieler sef:  
 Vorhaben bei.

Als Mitveranstalter oder Kooperationspartner  
 fungierten 2014 (in alphabetischer Reihenfolge):

- Deutsche Gesellschaft für Internationale  
 Zusammenarbeit (GIZ), Bonn/Eschborn
- Institut für Entwicklung und Frieden (INEF),  
 Universität Duisburg-Essen
- Käte Hamburger Kolleg/Center for Global  
 Cooperation Research (KHK/GCR21), Duisburg
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt  
 (SKEW), ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH, Bonn
- Zeitschrift WeltTrends, Potsdam

Die sef: dankt zudem den zahlreichen Förderern, die ausgewählte sef:-Projekte durch finanzielle Mittel, durch ihre Räumlichkeiten und/oder durch die Ausrichtung eines Empfangs im Rahmen von sef:-Veranstaltungen unterstützten:

- Bundesstadt Bonn
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- Deutsche Welle, Bonn
- sef: Stifterland Berlin
- sef: Stifterland Brandenburg
- sef: Stifterland Nordrhein-Westfalen
- Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn

Die sef: war 2014 Mitglied in folgenden Foren:

- Netz NRW, Verband für Ökologie und soziales Wirtschaften e.V., Oberhausen (Jobticket)
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), Bonn



Potsdamer Frühjahrsgespräche: Gruppenfoto mit einigen Botschaftern, die an der Konferenz teilgenommen haben.

**Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)**  
**Development and Peace Foundation**  
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn  
Tel +49 (0) 228 95925-10 : Fax +49 (0) 228 95925-99  
sef@sef-bonn.org : [www.sef-bonn.org](http://www.sef-bonn.org)